



Sächsisches Archivblatt

Heft 1 / 2015



LEIPZIGER MESSE FRÜHJAHR 1926
VOM 28. FEBRUAR BIS 6. MÄRZ
TECHNISCHE MESSE VOM 28. FEBRUAR BIS 10. MÄRZ

Inhalt

Seite

1	Jahresbericht Sächsisches Staatsarchiv 2014 Andrea Wettmann
9	Aus den Beständen Grundbücher in Sachsen (Teil 2: Seit 1935) Roland Pfirsche
12	Zur audiovisuellen Überlieferung in den Abteilungen des Sächsischen Staatsarchivs (Teil 2: Chemnitz und Freiberg) Stefan Gööck
14	Leipziger Messe – Tor zur „Daten-Welt“. Messebestände elektronisch erschlossen Katrin Heil/Birgit Richter
16	Gießmannsdorf – verlorenes Land. Eine Geschichte zum Braunkohlebergbau Bernd Scheperski
18	Gottfried Huppertz – Werke des „Metropolis“-Filmkomponisten ermittelt Elisabeth Veit
19	Meldungen/Berichte „Akten – Akteure – Erinnerungen“ – Veranstaltung der BStU-Außenstelle Chemnitz zur politischen Wende von 1989 im Staatsarchiv Chemnitz Raymond Plache
20	Lagerorte auf Knopfdruck – Einführung des AUGIAS-Archiv-Magazinmoduls im Staatsarchiv Chemnitz Tobias Crabus/Yvonne Gerlach/Raymond Plache
24	Wider besseres Wissen – Positionspapier des Umweltbundesamtes zur Archivierbarkeit von Recyclingpapier mit dem „Blauen Engel“ Thomas Sergej Huck
26	Bestandserhaltung im Staatsarchiv Chemnitz – Zusammenarbeit mit der Stadtmission Chemnitz Tobias Crabus/Katja Gehmlich
28	Sächsisches Berg- und Hüttenwesen digital Angela Kugler-Kießling/Oliver Löwe
30	Workshop des Landesverbandes Sachsen im VdA „Auf dem Weg ins Archivportal-D“ Grit Richter-Laugwitz
31	Rezensionen Matthias Donath, Rotgrüne Löwen. Die Familie von Schönberg in Sachsen Jens Kunze
32	Elke Schulze, Erich Ohser alias e. o. plauen Clemens Heitmann

Jahresbericht Sächsisches Staatsarchiv 2014

Der umfassende Modernisierungsprozess, der 2005 mit der Gründung des Sächsischen Staatsarchivs begonnen und mit der Beendigung der Baumaßnahmen an vier von insgesamt fünf Standorten 2013 einen vorläufigen Höhepunkt gefunden hatte, wurde im Berichtsjahr mit dem Kabinettsbericht zum Unterbringungsprogramm und mit der Novellierung des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen abgeschlossen.

Seit 1993 hatte sich das Gesetz, das nicht nur für das Staatsarchiv, sondern u.a. auch für das Archiv des Sächsischen Landtags, die kommunalen Archive und die Archive von Hochschulen und Akademien in Sachsen die Rechtsgrundlage bildet, in der Praxis bewährt. Insbesondere die Veränderungen, die sich aus der elektronischen Arbeitsweise der Verwaltung und der damit einhergehenden Notwendigkeit zur Sicherung der originär elektronischen Überlieferung ergaben, machten jedoch eine Neufassung wesentlicher Regelungen erforderlich. Zu den weiteren Zielen der Modernisierung des Archivgesetzes, das am 1. Februar 2014 in Kraft trat, gehörten darüber hinaus die Erleichterung des Zugangs zu Archivgut, die Stärkung der kommunalen Archive und die Verbesserung des Schutzes von Archivgut als Kulturgut.

Die praktische Umsetzung dieser Neuerungen, mit denen der Gesetzgeber einen verfassungskonformen Ausgleich zwischen Infor-



Informationsveranstaltung zur Novellierung des Sächsischen Archivgesetzes, v.l.n.r. Arnd Vollmer, Dr. Michael Klein, Dr. Andrea Wettmann (Foto Sylvia Reinhardt)

mationszugang einerseits sowie Datenschutz und Kulturgutschutz andererseits geschaffen hat, stellte 2014 einen Arbeitsschwerpunkt des Staatsarchivs dar. Nachdem im Gesetz nun die Archivierung elektronischer Unterlagen eindeutig geregelt ist, konnten erste Daten aus so genannten Fachverfahren bereits in das 2013 eröffnete elektronische Staatsarchiv übernommen werden. Das Verfahren der Anbietung, Bewertung und Übernahme elektronischer Unterlagen, insbesondere von Datenbanken, die einer ständigen Aktualisierung unterliegen, muss nach diesen ersten Erfahrungen nun archivintern und vor allem mit den anbietungspflichtigen Behörden und Gerichten im Einzelnen abgestimmt werden. Erste Ergebnisse dieser praktischen Arbeit konnte das Staatsarchiv im März auf der Computermesse CeBIT in Hannover präsentieren.

Nicht völlig neu, aber klarer und übersichtlicher gefasst sind im Gesetz auch die Regelungen zur Benutzung von Archivgut. Dies betrifft insbesondere den Umgang mit personenbezogenem Archivgut, also die Wahrung der schutzwürdigen Belange Betroffener oder Dritter auf der einen und die Gewährung des Zugangs nach entsprechender Einzelfallprüfung auf der anderen Seite. Durch entsprechende Schulungen der Beschäftigten wurde eine einheitliche und rechtskonforme Umsetzung im Staatsarchiv sichergestellt.

Im Gesetzgebungsverfahren haben insbesondere Vertreter der kommunalen Familie darauf hingewiesen, dass dem Staatsarchiv auch eine wichtige Rolle bei der Beratung nichtstaatlicher Archive zukommt, die ebenso für die Archivierung elektronischer und personenbezogener Unterlagen zuständig, aber häufig nicht mit archivfachlich qualifiziertem Personal ausgestattet sind. Als besonders dringlich wurde von den Kolleginnen und Kollegen eine Informationsveranstaltung für nichtstaatliche Archive zur Umsetzung des Archivgesetzes angesehen, die in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Sachsen im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA) durchgeführt wurde. Auf reges Interesse bei den nichtstaatlichen Archiven stieß darüber hinaus die Fortbildungsveranstaltung des Staatsarchivs zur elektronischen Archivierung.

Im Berichtsjahr zeichnete sich jedoch ab, dass das Staatsarchiv seinen Beratungsauftrag nach § 4 Abs. 6 Sächsisches Archivgesetz (SächsArchivG) künftig nicht mehr im erforderlichen Umfang erfüllen können, denn die bereits für 2013 festgestellte Divergenz zwischen wachsenden Aufgaben einerseits und den abnehmenden Ressourcen andererseits hat sich im Berichtsjahr weiter vergrößert.



Screenshot digitale Berechtsamskarte, Sächsisches Oberbergamt

Personalabbau

Personal-Ist	2006	2014	in Prozent
insgesamt	127,88	104,06	-18,63
*Archiv	70,56	55,88	-20,80
*Bibliothek	1,50	1,50	+/-0,00
*Verwaltung	14,63	15,17	+3,69
*Magazin	20,44	14,00	-31,51
*Technische Werkstätten	15,75	12,53	-20,44
*Sonstige (luK u. AVM)	5,00	5,00	±0,00

Die Tabelle zeigt die besetzten Stellen im Personalsoll A (ohne Personal in Ausbildung)

Besonders dramatisch ist der Abbau im Bereich des Magazindienstes, der für die Übernahme, Verwahrung und Bereitstellung zuständig ist und damit die Grundlagen für alle anderen archivischen Arbeiten schafft. Aber auch die Reduktion des archivischen und technischen

Fachpersonals hat dazu geführt, dass selbst gesetzliche Kernaufgaben nicht mehr erfüllt werden konnten. Besonders kritisch wirkte sich dies auf den kleinsten Standort aus: das Bergarchiv Freiberg musste zeitweise für die Benutzung geschlossen werden.

Benutzung von Archivgut

	2013	2014	in Prozent
Benutzertage	15 624	14 446	-7,54
benutzte Archivalien	81 819	82 094	+0,34
schriftliche Auskünfte	8 722	8 943	+2,53
Versendung zur amtlichen Nutzung	1 043	1 496	+43,43
Ausleihe für Ausstellungen	48	124	+158,33
Scannerkopien	152 545	204 687	+34,18
Duplizierung von Mikrofilmaufnahmen auf Benutzerantrag	281 100	613 935	+118,40

Am Beispiel der Benutzung lässt sich zeigen, dass die Schere zwischen den Ressourcen einerseits und den Anforderungen andererseits immer weiter auseinandergeht. In Folge der dem Staatsarchiv verordneten Verringerung der Öffnungszeiten hat sich zwar die Zahl der Benutzertage reduziert. Der leichte Anstieg der benutzten Archivalien macht jedoch deutlich, dass der Arbeitsaufwand keineswegs reduziert, sondern lediglich auf die verbliebenen vier Öffnungstage verlagert wurde. Darüber hinaus ist die Zahl der schriftlichen Auskünfte leicht, die Summe der Versendungen zur amtlichen Nutzung und der Ausleihen für Ausstellungen signifikant angestiegen. Besonders deutlich haben die Scannerkopien und die Anträge zur Duplizierung von Mikrofilmaufnahmen für Benutzer zugenommen.

kant abgenommen. Im vergangenen Jahr war jedoch in diesem Bereich – ähnlich wie bei der Versendung von Akten an Gerichte – wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Dies verdeutlicht, dass die Aufarbeitung des SED-Unrechts keineswegs abgeschlossen ist. Zwar beziehen sich nicht alle Anfragen zur Rechtswahrung auf diese Thematik – ähnlich wie in den alten Bundesländern wird das Archivgut z.B. auch zur Klärung bei Grundstücks- oder Nachlassfragen benötigt. Dennoch machen Anfragen

Recht durch authentische Überlieferung sichern

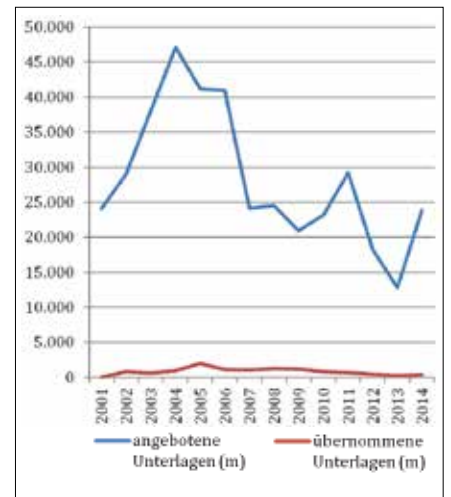
Fünfundzwanzig Jahre nach der „Friedlichen Revolution“ von 1989/90 und dem Ende der DDR könnte man vermuten, dass Anfragen Betroffener, die zur Klärung ihrer Rechte auf das Archivgut zurückgreifen, kontinuierlich zurückgehen. Tatsächlich haben derartige Anliegen seit 1990 zwischenzeitlich auch signifi-



Dr. Andrea Wettmann, Raymond Plache und Roland Jahn im Gespräch (Foto Andrea Uhlig)

von Betroffenen der DDR-Heimerziehung, von Behörden zur Klärung offener Vermögensfragen oder von Gerichten zur Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des SED-Regimes nach wie vor einen bedeutenden Anteil aus.

Wie eng die im Staatsarchiv verwahrten Unterlagen des Staatsapparates der DDR, der Parteien, Massenorganisationen und Wirtschaftsbetriebe, mit denen des Stasi-Apparates verflochten sind, davon konnte sich der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn bei einem Besuch im Staatsarchiv Chemnitz ein Bild machen. Der moderne Archivzweckbau war mit Blick auf die provisorisch untergebrachte Außenstelle Chemnitz der BStU der konkrete Anlass des Besuchs. Eine kleine Archivalienschau aus den Beständen der Deutschen Volkspolizei, der Staatsanwaltschaften und Gerichte sowie dem berüchtigten Frauengefängnis Hoheneck machten darüber hinaus deutlich, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit zwischen der Stasi-Unterlagenbehörde und den Archiven der Länder bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts ist. Eine vom Bundestag eingesetzte Expertenkommission soll bis 2016 Vorschläge zur Zukunft der BStU erarbeiten. Dann wird sich auch entscheiden, ob die Unterlagen ihrer Außenstellen Chemnitz, Dresden und Leipzig weiterhin in Sachsen verbleiben.



Die rechtliche Relevanz für Gesetzgebung, Rechtsprechung, Regierung und Verwaltung oder für die Sicherung berechtigter Belange betroffener Personen und Institutionen oder Dritter ist auch bei der Ermittlung des bleibenden Werts von Unterlagen ein wesentliches Bewertungskriterium. Aber auch die Bedeutung für Wissenschaft und Forschung ist bei der Auswahl archivwürdiger Unterlagen zu beachten. Im Berichtsjahr hat sich der Umfang der von den Behörden und Gerichten angebotenen Unterlagen im Vergleich zum Vorjahr

nahezu verdoppelt. Der Anteil der übernommenen Unterlagen liegt mit 1,7% jedoch noch unter dem Wert von 2013. Bezieht man die Unterlagen mit ein, die nach der Erteilung von unbefristeten Vernichtungsgenehmigungen ohne nochmalige Anbieten vernichtet werden können, ist die Übernahmequote sogar noch geringer und die wirtschaftliche und organisatorische Entlastung der behördlichen Registraturen durch das Staatsarchiv deutlich höher. Damit haben die Anbietungen wieder nahezu den Umfang der Zeit vor den Bau- und Umzugsmaßnahmen an den Standorten des Staatsarchivs erreicht.



Dr. Thekla Kluttig erläutert Mitgliedern des Vereins für Computergenealogie e.V. Benutzungsmöglichkeiten im Staatsarchiv Leipzig (Foto Günther Junkers)

Verwaltung modernisieren

Das Staatsarchiv ist Teil einer Verwaltung, die sich angesichts eines veränderten Kommunikationsverhaltens der Bürger, in Folge des demografischen Wandels und der sich daraus ergebenden Veränderung der finanziellen Rahmenbedingungen in einem ständigen Wandlungsprozess befindet. Auf diese Veränderungen gilt es einerseits zu reagieren, andererseits bieten sie auch die Möglichkeit, das Verwaltungshandeln aktiv mitzugestalten. Im Fokus des Staatsarchivs stehen dabei nicht erst seit diesem Jahr die Archivbenutzer. Für sie die Recherchemöglichkeiten zu verbessern, den Zugang zu den Quellen auch für Laien zu erleichtern und neue Benutzergruppen zu gewinnen, ist ein wesentliches Anliegen.

Mit welchen Herausforderungen dies verbunden ist, verdeutlichen einige Eckwerte aus dem Aufgabenbereich der Bereitstellung von Archivgut: Das Staatsarchiv verwahrt an seinen fünf Standorten ca. 110 km Archivgut unterschiedlichster Kategorien – z. B. Urkunden, Amtsbücher und Akten, Karten und Pläne, Fotos und audiovisuelle Medien – und die Überlieferung reicht zeitlich vom Jahr 948 bis in die jüngste Gegenwart. Der Zugang zu diesen schätzungsweise 6 Mio. Einzelstücken erfolgte jahrhundertlang mithilfe von so genannten „Findbüchern“ und „Findkarteien“, die seit etwa zwanzig Jahren schrittweise in Datenbanken überführt und durch neu erfasste Erschließungsinformationen ständig fortgeschrieben werden.

Bereits 2013 war etwa die Hälfte dieser Einzelstücke elektronisch recherchierbar. Die Benutzerinnen und Benutzer mussten sich für diese Recherche jedoch in den meisten Fällen in die Lesesäle des Staatsarchivs begeben. Daran wird sich auch künftig hinsichtlich desjenigen Archivgutes nichts ändern, das den Schutzfristen nach § 10 SächsArchivG unterliegt. Immens vergrößert werden konnte jedoch

die Anzahl der Datensätze, die inzwischen zur Internetrecherche zur Verfügung stehen: 1,5 Mio. waren es mit Freischaltung der neuen Suchmaschine Sax.Archiv am 1. August 2014. Damit waren Informationen über etwa 25 km Archivgut des Freistaates mit einem Klick überall erreichbar – unabhängig davon, an welchem Standort sich die Archivalien befinden. Darüber hinaus besitzt die Neuerung auch für das Staatsarchiv selbst einen großen Nutzen. Das Verfahren der Onlinestellung von Erschließungsinformationen hat sich deutlich vereinfacht – ohne große Umwege und mit geringerem Personalaufwand können die Daten nun direkt aus der Datenbank bereitgestellt werden.

Bereits in kürzester Zeit stellte sich heraus, dass dieses Angebot von Benutzerinnen und Benutzern nicht nur mit großem Interesse aufgenommen wird. Es hat auch dazu geführt, dass völlig neue Benutzergruppen aus dem In- und Ausland auf die vom Staatsarchiv verwahrten Schätze aufmerksam werden, die zunehmend über Internet-Suchmaschinen auf die Daten zugreifen. Außerdem wurde sehr schnell deutlich, dass sich auch das Verhalten und die Erwartungen der Interessenten ändern: Sie verfolgen andere Recherchestrategien, die nicht selten stärker auf das Einzelstück als auf den Gesamtkontext der Überlieferung ausgerichtet sind, und erwarten z. B., dass Reproduktionen aufgefundener Archivalien in einem „Online-Shop“ bestellt und kurzfristig übermittelt oder heruntergeladen werden können. In der Folge ist nicht nur die Zahl der an das Staatsarchiv gerichteten Anfragen, sondern vor allem auch die der Bestellungen von Reproduktionen stark angestiegen.



Dieser Trend wurde dadurch verstärkt, dass das Staatsarchiv zu den ersten Archiven in Deutschland gehört, die ihre Erschließungsinformationen in dem am 24. September auf dem Deutschen Archivtag in Magdeburg eröffneten „Archivportal-D“ zur Verfügung stellen. Das Staatsarchiv ist in diesem bundesweiten Online-Verbund, dem inzwischen fast 500 Archive aus ganz Deutschland angehören, nicht nur mit Erschließungsinformationen, sondern auch mit Digitalisaten präsent, die mit Eigen- und Fördermitteln in großem Umfang erstellt wurden. Einen hohen Stellenwert in diesem Zusammenhang besitzt der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Produktivpilot „Digitalisierung von archivalischen Quellen“, den das Staatsarchiv im Verbund mit anderen Landesarchivverwaltungen im Berichtsjahr fortsetzte. Ziel des Projekts ist es u. a., für das deutsche Archivwesen Parameter für eine effiziente, die wertvollen Originale schonende Digitalisierung verschiedener archivalischer Quellengattungen festzulegen und Fragen der Speicherung und Online-Präsentation der Digitalisate zu klären. Erfolgreich fortgeführt werden konnte das DFG-Projekt zur digitalen Erfassung der rund 22.900 Bände des Bestandes 12613 Gerichtsbücher im Staatsarchiv Leipzig. In Kooperation mit dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V. (ISGV) sollen die im Projekt gewonnenen Daten, die bei Wissenschaftlern ebenso wie bei heimatkundlich und familiengeschichtlich Interessierten sehr gefragt sind, mit dem online angebotenen „Digitalen Historischen Ortsverzeichnis von Sachsen“ verknüpft werden. Insgesamt fördert die DFG diese beiden Projekte mit 560.803 Euro.

Von Außenstehenden unbemerkt werden darüber hinaus auch die internen Arbeitsprozesse des Staatsarchivs mit Hilfe der Informationstechnik umgestaltet und optimiert. Das Staatsarchiv Chemnitz, das nach abgeschlossenem

Umzug 2013 den Dienstbetrieb am neuen Standort auf der Elsasser Straße aufgenommen hatte, konnte mit Unterstützung der Abteilung Zentrale Aufgaben/Grundsatz ein Pilotprojekt zum Abschluss bringen, das künftig auch an den anderen Standorten die Magazinverwaltung und die Bestellung von Archivgut in den Lesesaal wesentlich vereinfachen wird. Im Ergebnis sind in Chemnitz nun 1 513 365 Einzelarchivalien mit ihrem Lagerort in einer Datenbank erfasst und können in naher Zukunft auch elektronisch bestellt werden. Bevor die Potentiale dieser neuen Magazinverwaltung an den anderen Standorten genutzt werden können, sind dort jedoch noch erhebliche Vorarbeiten erforderlich.

Zu den internen Prozessen, die im Staatsarchiv künftig weiter optimiert werden sollen, gehört darüber hinaus die eigene Schriftgutverwaltung. Durch die Einführung der elektronischen Akte und die Einrichtung einer standortübergreifenden virtuellen Zentralregistratur in der Verwaltung des Staatsarchivs können Synergien erzielt und die Kommunikation und die Transparenz zwischen den fünf Abteilungen weiter verbessert werden. Das Staatsarchiv würde sich damit aktiv an der flächendeckenden Einführung der IT-gestützten Vorgangsbearbeitung beteiligen, die sich der Freistaat Sachsen zum Ziel gesetzt hat. Um Einsparungen zu erzielen, müssen jedoch zunächst Mehraufwände betrieben werden. Dazu ist das Staatsarchiv aufgrund der unzureichenden Personalausstattung im Bereich Organisation jedoch nicht in der Lage. Im Berichtszeitraum sind die Vorarbeiten daher über erste Kontakte mit dem „Kompetenzzentrum Vorgangsbearbeitung“ im Staatsministerium des Innern und mit anderen Behörden, die die elektronische Akte bereits einsetzen, nicht hinausgegangen.

Kulturgut erhalten

Das neue Archivgesetz legt eindeutig fest, dass Archivgut grundsätzlich in seiner Entstehungsform zu erhalten ist. Um das authentische Kulturgut vor einer Vernichtung zu schützen, ist also sichergestellt, dass Originale z. B. auch dann erhalten werden, wenn sie verfilmt oder digitalisiert worden sind. Diese Aufgabe stellt das Staatsarchiv in jedem Jahr aufs Neue vor große Herausforderungen. Nach bisherigem Kenntnisstand besteht das Archivgut zu etwa 50% aus so genanntem „sauren Papier“, also aus Papier, das aufgrund der im Herstellungsprozess eingelagerten Säuren vom altersbedingten Zerfall bedroht ist. Dies entspricht etwa 50 000 Regalmetern Archivgut.



Schimmelgeschädigte Akte des Sächsischen Staatsarchivs, Staatsarchiv Chemnitz, Bestand 30008 Amt Chemnitz, Nr. 412 (Foto Ulrike Müller)

Eine 2014 veröffentlichte Studie der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK), an der das Staatsarchiv mitgearbeitet hat, verdeutlicht die Ausmaße dieses Problems, von dem alle Archive und Bibliotheken in Deutschland betroffen sind. In den „Bundesweiten Handlungsempfehlungen für die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und die Kultusministerkonferenz (KMK)“ lässt sie daher keinen Zweifel daran, dass deren Unterhaltsträger (Bund, Länder und Kommunen) in der Pflicht sind, den dramatischen Verlust des kulturellen Gedächtnisses zu verhindern. Die Studie macht deutlich, dass die einzelnen Einrichtungen finanziell, organisatorisch und fachlich mit der Erhaltung der insgesamt 1,8 Mio. Regalmeter überfordert sind und fordert dringend ein bundesweit koordiniertes Handeln. Insbesondere mit Blick auf die bestehende Infrastruktur in den Ländern wird in Ergänzung zu leistungsfähigen Restaurierungswerkstätten die Errichtung von Kompetenzzentren für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts und der spartenübergreifende Ausbau des bestehenden Netzes gefordert.

Sachsen verfügt hierfür über eine vergleichsweise gute Infrastruktur, zu der auch das in Wermisdorf angesiedelte Archivzentrum Hubertusburg des Staatsarchivs gehört. Gerade das Beispiel des Staatsarchivs macht aber auch deutlich, dass künftig erhebliche Anstrengungen erforderlich sein werden, um diese Infrastruktur zu nutzen und die für den Kulturgutschutz erforderlichen Kompetenzen weiter auszubauen. Die Standorte des Staatsarchivs einschließlich des Archivzentrums Hubertusburg mit der Zentralwerkstatt für die Erhaltung und Restaurierung von Archiv- und Bibliotheksgut (ZErAB) sind nun baulich und technisch modernen Standards entsprechend ausgestattet. Sie erfordern aber ein Mindestmaß an Personal für die Aufrechterhaltung ihres Betriebes und für die Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich des Kulturgutschutzes. Dazu müssten die Ressourcen im Freistaat insbesondere im Zusammenspiel zwischen Land und Kommunen und über die Landesgrenzen hinaus konzentriert und auf dieses Ziel ausgerichtet werden.

Geradezu modellhaft wird dies in der Zusammenarbeit zwischen dem Staatsarchiv und dem Historischen Archiv der Stadt Köln deutlich, das auf Grundlage eines Kooperationsvertrages zwischen der Stadt Köln und dem Freistaat Sachsen Räumlichkeiten und Technik der ZErAB nutzt, um das bei dem Archiveinsturz 2009 nach der Bergung aus der Einsturzstelle schockgefrorene Archivgut in der Sublimationstrocknungsanlage zu trocknen und anschließend weiterführenden konservatorischen und restauratorischen Maßnahmen zu unterziehen.

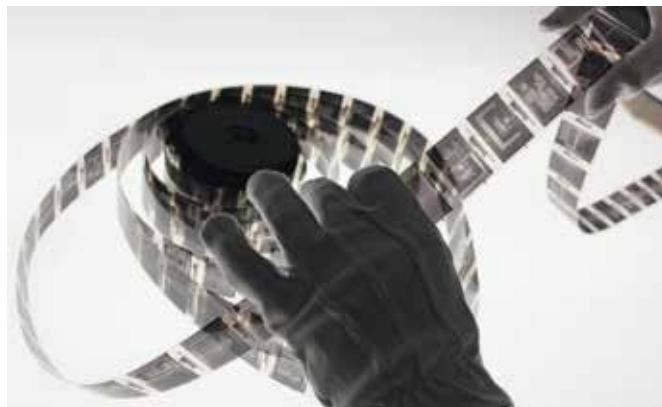
Da in der ZErAB von den vorhandenen 4,75 Restauratoren-Stellen 2014 zeitweise nur 2,4 besetzt waren, konnten Maßnahmen zur Konservierung und Restaurierung des eigenen Archivgutes nur in wesentlich geringem Umfang durchgeführt werden. Gerade die technisch hochmoderne Ausstattung der



Anlieferung von Archivgut der Stadt Köln im Archivzentrum Hubertusburg, Wermisdorf (Foto Thomas-Sergej Huck)



Außenarbeitsgruppe der Stadtmission Chemnitz im Staatsarchiv Chemnitz
(Foto Ronny Schreiter)



Mikrofilm als Sicherungsmedium für Archivgut (Foto Regine Bartholdt)

ZErAB, die aus Wirtschaftlichkeitsgründen vor allem auf mengenbasierte Verfahren ausgerichtet ist, setzt zum Betrieb ein Mindestmaß an Fachpersonal voraus, das nicht konstant zur Verfügung stand.

Für die Erledigung einfacher konservatorischer Maßnahmen setzt das Staatsarchiv im Archivzentrum Hubertusburg ebenso wie an den anderen Standorten zahlreiche Hilfskräfte zur Unterstützung des Fachpersonals ein. Insbesondere für die technische Bearbeitung, also das Reinigen, Entmetallisieren und Verpacken von Archivgut, kamen 2014 rund 43 Hilfskräfte zum Einsatz. Bewährt hat sich hier die Zusammenarbeit mit Behindertenwerkstätten. Aber auch geringfügig Beschäftigte und Hilfskräfte im Freiwilligen Sozialen Jahr, im Bundesfreiwilligendienst und dem Freiwilligendienst aller Generationen kommen zum Einsatz. Die Grenzen werden hier vor allem durch die Zahl der zur Anleitung und Kontrolle verfügbaren Fachkräfte gesetzt. Insgesamt hat das Staatsarchiv 2014 318 676 Euro für Maßnahmen der Bestandserhaltung (ohne audiovisuelle Medien und elektronisches Archivgut) verausgabt.

Eine wesentliche Maßnahme zur Erhaltung des unikatlen Archivgutes stellt die Verfilmung von Archivgut dar. Einer breiteren Öffentlichkeit in Erinnerung gerufen hat dies der Abschluss der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten am 14. Mai 1954, der sich im Berichtsjahr zum sechzigsten Mal jährte. Die Zerstörung von Kulturgut durch kriegerische Handlungen im Zweiten Weltkrieg führte damals zu einer international akzeptierten Einigung über den Kulturgutschutz bei bewaffneten Konflikten. Daneben ist inzwischen auch die Gefährdung des Kulturgutes durch Natur- und sonstige Katastrophen stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Eine wichtige Maßnahme zum Schutz des Kulturgutes ist in diesem Zusammenhang seit 1961 die Sicherungsver-

filmung, die – finanziert aus Bundesmitteln – vom Staatsarchiv für ganz Sachsen seit 1994 in Kamenz und seit 2009 im Archivzentrum Hubertusburg betrieben wird.

Bei der Sicherungsverfilmung handelt es sich um eine Form der Mikroverfilmung. Dabei werden Dokumente auf langzeitstabile Spezialfilme fotografiert, die 500 bis 1 000 Jahre haltbar sind. Sie werden in einem bombensicheren Bergwerksstollen eingelagert und stellen sicher, dass bei Verlust der Originale späteren Generationen zumindest Abbilder erhalten bleiben. Die Aufnahmezahlen der Sicherungsverfilmungsstelle konnten 2014 erstmals seit der Verlagerung von Kamenz nach Wermisdorf im Jahr 2009 trotz des Verlustes einer Personalstelle wieder gesteigert werden. Sie lagen mit 629 787 Aufnahmen um 13% höher als im genannten Vergleichsjahr. Zusätzlich betreibt das Staatsarchiv eine aus Landesmitteln finanzierte Schutzverfilmungsstelle, in der Filme für die Benutzung hergestellt werden. Dort ist für 2014 eine noch deutlichere Erhöhung der Verfilmungszahlen zu konstatieren. Durch die Optimierung interner Abläufe und den Einsatz von Hilfskräften in der Schutzverfilmungsstelle konnte eine Steigerung um 115% erzielt werden.

Der Kulturgutschutz beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Bestandserhaltung. Mithin gilt es auch, den Verlust des Archivgutes zu verhindern. Wie alle ostdeutschen Archive verwahrt auch das Staatsarchiv Bestände aus Gutsarchiven, die im Zuge der so genannten Bodenreform nach 1945 enteignet wurden. Sofern diese Bestände dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz entsprechend restituiert wurden, waren diese mit Auslauf des Nießbrauchs am 31. Dezember 2014 an die Alteigentümer zurückzugeben. Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt des Staatsarchivs lag daher schon seit Jahren, insbesondere aber im Berichtsjahr darauf, mit den Alteigentümern eine Übereinkunft zu finden, die eine

geschlossene Erhaltung und Zugänglichkeit der für die sächsische Landesgeschichte z.T. bedeutenden Überlieferung ermöglicht. In der ganz überwiegenden Zahl der insgesamt 57 Fälle konnte dies durch Depositaverträge oder Schenkungen erreicht werden. Einen Ankauf lehnt das Staatsarchiv hingegen aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Identität(en) stiften und Demokratie fördern

Die zentrale Bedeutung, die der historisch-politischen Bildungsarbeit für die Identitätsstiftung und die Demokratieförderung in unserer Gesellschaft zukommt, wird allgemein nicht bestritten. Heftig diskutiert wurde im vergangenen Jahr – nicht nur, aber besonders in Sachsen – hingegen ihre Ausrichtung, ihr Umfang und ihre Methoden. Archive standen bei dieser Diskussion nicht im Blickpunkt, obwohl gerade sie das authentische Quellenmaterial verwahren und bereitstellen, mit dem historisches Wissen vermittelt und Methodenkompetenz für die Interpretation historischer ebenso wie aktueller Zusammenhänge entwickelt werden kann.

Dies ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass die Potentiale, die Archive besitzen, in diesem Kontext nach wie vor zu wenig ausgeschöpft werden. Im Staatsarchiv musste die Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen auch 2014 weitestgehend unterbleiben. Stattdessen konzentrierte es seine Ressourcen darauf, Archivgut nicht seinerseits auszuwerten, sondern für seine Nutzer und Kooperationspartner aufzubereiten und zugänglich zu machen.

Im Berichtsjahr, in dem sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum einhundertsten Mal und die „Friedliche Revolution“ zum fünf- undzwanzigsten Mal jährten, standen bei der Quellenaufbereitung zwei Jubiläen im Mittel-

punkt. Pünktlich zum 1. August wurde vom Hauptstaatsarchiv eine bebilderte Themenseite im Internet freigeschaltet, die durch das Archivgut zur Geschichte des Ersten Weltkrieges führt und den Benutzer zu einer neu gestalteten Online-Beständeübersicht weiterleitet, über die u. a. die Akten des ehemaligen Sächsischen Kriegsarchivs recherchiert werden können. Damit wurde der Zugang zu einem Quellenfonds verbessert, der neben dem des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und dem des Hauptstaatsarchivs Stuttgart zu den bedeutendsten und geschlossensten militärischer Provenienz in Deutschland gehört.

Archivalien aus den Jahren 1989/90, die sich in großem Umfang im Staatsarchiv befinden, wurden unter der Überschrift „Fundstücke der Friedlichen Revolution“ von der Sächsischen Staatskanzlei zentral auf der Website des Frei-



Protokoll der ersten evangelischen Kirchenvisitation, 1539/40 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10088 Oberkonsistorium, Loc. 10599, Bl. 430b)



Schießen mit dem Maschinengewehr 08/15, 1918 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 11355 Armeeoberkommando der 3. Armee, Nr. 957)

staates bereit gestellt. Dazu gehören neben Einzeldokumenten wie dem „Sofortprogramm des »Neuen Forum« zur politischen Umgestaltung der DDR“ aus dem Staatsarchiv Leipzig z. B. auch Videoaufzeichnungen von Szenen am Dresdner Hauptbahnhof und Demonstrationen auf der Prager Straße sowie Tonmitschnitte der außerordentlichen Tagung des Bezirkstages Dresden am 26. Oktober 1989, die auch über den Youtube-Kanal des Freistaates genutzt werden können.



Plakat zum Tag der Archive, Bergarchiv Freiberg



Szenen am Dresdner Hauptbahnhof und Demonstrationen auf der Prager Straße sowie am Carolaplatz zwischen 4. und 8. Oktober 1989 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 11464 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Dresden, AV-0009)

In Vorbereitung auf das 500-jährige Reformationsjubiläum, das 2017 für große mediale Aufmerksamkeit sorgen wird, wurden erste Vorkehrungen für die digitale Bereitstellung einschlägiger Archivalien getroffen. Das Staatsarchiv verwahrt im Hauptstaatsarchiv nicht nur eine der drei überlieferten Bannandrohungsbullen von Papst Leo X. gegen Martin Luther, sondern mit den Protokollen der ersten evangelischen Kirchenvisitationen auch einen der wichtigsten Quellenbestände zur Reformationsgeschichte. Im Projekt „Digitales Archiv der Reformation“ wird unter Federführung des Thüringischen Hauptstaatsarchivs in Weimar die Überlieferung aus Hessen, Sachsen-Anhalt und Sachsen digitalisiert und ab 2015 in einem Online-Portal bereitgestellt.

Unter dem Motto „Frauen – Männer – Macht“ beteiligten sich alle fünf Standorte des Staatsarchivs wiederum am „Tag der Archive“, der

alle zwei Jahre bundesweit vom Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. initiiert wird. Bei Führungen, Vorträgen und Ausstellungen bot sich den zahlreichen Besuchern die Möglichkeit, hinter die Kulissen des Archivs zu schauen und sonst nicht zugängliche Magazine und Werkstätten kennen zu lernen.

Vorhandenes Wissen nutzbar machen

Der Weg vom Referentenentwurf des Archivgesetzes, den die Staatsregierung erstmals im November 2010 vorgelegt hatte, bis zur Inkraftsetzung der novellierten Fassung im Februar 2014 war langwierig. Viele Fragen, die in den schriftlichen und öffentlichen Anhörungen, in den Sitzungen des Innenausschusses und in der parlamentarischen Debatte aufgeworfen und diskutiert wurden, befassten sich mit der Benutzung des Archivgutes. Auch wenn Archive oft nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen, so zeigen diese Diskussionen doch, wie viele Interessen und Rechtsfragen von der Archivierung berührt sind und wie wichtig es für eine demokratische Gesellschaft ist, den Zugang zu ihrem „schriftlichen Gedächtnis“ nicht nur grundsätzlich jedermann zu gewähren, sondern auch nachvollziehbar und transparent zu regeln. Damit Archive sich auf diese Interessen einstellen und auf die Anforderungen ihrer Benutzer eingehen können, sind ein enger Austausch und eine regelmäßige Präsenz in der Öffentlichkeit von großer Wichtigkeit.

Anlässe für derartigen Austausch gab es auch im Berichtsjahr wiederum zahlreiche. Unter dem Motto „Ein Haus voller Geschichte – 60 Jahre Staatsarchiv Leipzig“ lud die heutige Abteilung 3 des Staatsarchivs, die 1954 unter der Bezeichnung „Landesarchiv Leipzig“ als Außenstelle des damaligen Sächsischen Landeshauptarchivs in Dresden eröffnet worden war, zahlreiche Vertreter aus Behörden und Gerichten, mehrerer Adelsfamilien, Archivare, Genealogen und Historiker zu einer Festveranstaltung. Insbesondere die verschiedenen Fachbeiträge gaben Einblick in die vielfältigen Nutzungsinteressen, die durch eine Ausstellung aus den Beständen der Leipziger Musikverlage, der Rittergüter und Adelsarchive, genealogischer Sammlungen und der Judaica-Bestände veranschaulicht wurden.

Um die Unikate auch außerhalb der eigenen Ausstellungsräume präsentieren zu können, kooperierte das Staatsarchiv auch 2014 wieder eng mit Museen aus dem In- und Ausland. Die große Nachfrage zeigte sich anhand der für Fremdausstellungen ausgeliehenen Archivalien, die sich im Berichtsjahr fast verdreifacht



Dr. Volker Jäger führt durch die zum Jubiläum erarbeitete Ausstellung (Foto Regine Bartholdt)

hat. Stellvertretend sei hier die Ausstellung „Umsonst ist der Tod“ genannt, die sich dem Thema „Alltag und Frömmigkeit am Vorabend der Reformation“ in Mitteldeutschland widmet und auch Exponate aus dem Hauptstaatsarchiv zeigt. Bereits 2013 war sie in Mühlhausen präsentiert worden, 2014 war sie im Kulturhistorischen Museum Magdeburg und im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig zu sehen.

Dauerhaft wird seit 2014 eine ganze Reihe von Exponaten des Staatsarchivs im Staatlichen Museum für Archäologie in Chemnitz (SMAC) ausgestellt, das im Mai von Ministerpräsident Stanislaw Tillich eröffnet wurde. Die als Teil der Dauerausstellung eingerichtete „Schatzkammer Staatsarchiv“ zeigt die Bedeutung der Schrift für die Entstehung des modernen Staates anhand von Urkunden, Amtsbüchern, Registern und Landkarten aus dem 13. bis 16. Jahrhundert des Hauptstaatsarchivs. Aus

dem Staatsarchiv Chemnitz stammen Archivalien zum ehemaligen Kaufhaus Schocken, in dem das SMAC heute untergebracht ist.

Während sich die genannten Angebote an eine breite Öffentlichkeit richten, verbindet das Staatsarchiv auch eine enge Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Einrichtungen des Freistaates. Wie schon in den Vorjahren waren Mitarbeiter des Staatsarchivs z. B. in verschiedenen Kommissionen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften vertreten (Historische Kommission, Kommission für die Herausgabe des Codex diplomaticus Saxoniae) und nahmen Lehraufträge an den vier sächsischen Universitäten wahr. Außerdem ist das Sächsische Staatsarchiv Mitglied im Beirat des Instituts für sächsische Geschichte und Volkskunde e.V. (ISGV), im Wissenschaftlichen Beirat für Industriekultur sowie im Wissenschaftlichen Beirat beim Förderverein Montanregion Erzgebirge.



Sammelindulgenz für die Kreuzkapelle bei Leipzig, 12. Juni 1493 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10001 Ältere Urkunden, Nr. 8994)

Darüber hinaus fanden sich auch im Berichtsjahr wieder Gelegenheiten, die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten, die aus den Quellen des Staatsarchivs entstanden sind, durch gemeinsame Veranstaltungen zu präsentieren. Am Standort Dresden stellte das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung im Rahmen einer Podiumsdiskussion seine neue Publikation „Sachsen und der Nationalsozialismus“ vor, und das ISGV führte unter dem Titel „Verordnete Nachbarschaften“ gemeinsam mit der Brücke Most-Stiftung, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Hauptstaatsarchiv einen internationalen Workshop zu Transformationsprozessen im Grenzraum Deutschland – Polen – Tschechien seit dem Zweiten Weltkrieg durch. Der Vortragsraum des Staatsarchivs Chemnitz wurde von dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – Außenstelle Chemnitz für eine gut besuchte Veranstaltung zum Thema „Akten. Akteure. Erinnerungen – Der Herbst 1989 im Spiegel von Stasi-Akten und Zeitzeugenberichten“ genutzt.

Nicht nur als Mitveranstalter, sondern auch als Impulsgeber konnte sich das Staatsarchiv im Berichtsjahr wieder in die archivistische Fachdiskussion einbringen. Eine der Kernkompetenzen des Staatsarchivs liegt in der Archivierung audiovisueller Medien in den für diesen Zweck 2008 mit aufwändiger Technik ausgestatteten Räumen und Magazinen des Archivzentrums Hubertusburg. Auf Anregung des Bestandserhaltungsausschusses der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (ARK), in dem das Staatsarchiv seit dessen Gründung Mitglied ist, fand daher im September in Wermsdorf ein erster Workshop zum Umgang und zur Verwahrung von Audio- bzw. Schall-Archivalien statt, an dem Facharchivare aus elf Ländern und des Bundes teilgenommen haben. Neben Fachvorträgen stand die Erarbeitung eines Positionspapiers im Mittelpunkt



Dr. Klaus Herziger, Teilnehmer der Demonstrationen in Karl-Marx-Stadt im Herbst 1989, entfaltet in Erinnerung an die Ereignisse ein Transparent (Foto Viola Dörffeldt)



Wrocław in Dresden – v. l. n. r. Dr. Peter Wiegand, Dr. Guntram Martin, Dr. Janusz Gofaszewski, Dr. Michael Klein, Mag. Remigiusz Kazimierzczak (Foto Sylvia Reinhardt)

der Veranstaltung. Im Frühjahr 2015 soll ein ergänzender Workshop zu video- und kinematografischen Archivalien (Bewegtbild) mit dem Ziel folgen, im Ergebnis diese „Hubertusburger Empfehlungen“ der ARK zu publizieren, die Best-Practice-Regeln für den Umgang mit audiovisuellem Archivgut und für seine Erhaltung definieren werden.

Ebenfalls auf archivistisches Fachpublikum ausgerichtet war der gemeinsam mit dem Landesverband im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. veranstaltete zweite Workshop zum Archivportal-D am Standort Dresden. Dabei ging es vor allem darum, am praktischen Beispiel Wege aufzuzeigen, die es auch kleineren Archiven ermöglichen, ihre Erschließungsinformationen in dieses Portal einzuspeisen und damit auch über Sachsen hinaus einem großen Nutzerkreis zugänglich zu machen.

Die Kontakte zu ausländischen Archiven in Polen und Tschechien mussten im Berichtsjahr aufgrund personeller Engpässe deutlich eingeschränkt werden. Insbesondere der Tschechisch-Sächsische Archivarsaustausch kam dadurch zumindest temporär zum Erliegen. Fortgesetzt werden konnte jedoch – wenn auch in geringerem Umfang als in den Vorjahren – die Zusammenarbeit mit Polen. Zum einen ist das Staatsarchiv weiterhin Mitglied in der Oder-Partnerschaft, in der sich Archive der westpolnischen Wojewodschaften Großpolen, Westpommern, Niederschlesien und Lubuskie sowie der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen zu einem informellen Netzwerk zusammengeschlossen haben. Zum anderen pflegt das Staatsarchiv auf der Grundlage der Kooperation zwischen dem Freistaat Sachsen und der Wojewodschaft Niederschlesien besonders enge Kontakte zum Archiwum Państwowe we Wrocławiu (Staats-

archiv Breslau). Nachdem bei einem ersten Treffen auf Leitungsebene im Januar gemeinsame Vorhaben geplant werden konnten, gab das Staatsarchiv Breslau vor zahlreichen Gästen im Hauptstaatsarchiv Dresden einen Einblick in seine Struktur und seine Bestände. 2015 ist ein Gegenbesuch in Breslau geplant.

Ausblick

Die gesetzlichen Aufgaben und die fachlichen Prioritäten des Staatsarchivs werden sich nach jetzigem Stand der Dinge auch 2015 nicht grundlegend verändern. Das Berichtsjahr hat jedoch gezeigt, dass es bei fortschreitendem Personalabbau nicht mehr genügen wird, Einzelmaßnahmen wie die Reduktion der Öffnungszeiten durchzuführen oder einzelne Prozesse durch den noch stärkeren Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik zu optimieren. Nach dem umfassenden Modernisierungsprozess, der nach zehn Jahren nun in allen wesentlichen Bereichen weitestgehend abgeschlossen ist, wird die Frage gestellt werden müssen, wie der Betrieb an allen fünf Standorten überhaupt noch aufrechtzuerhalten ist.

Dass die Erledigung der Kernaufgaben 2014 im Wesentlichen abgesichert werden konnte, ist vor allem dem Engagement, dem Fachwissen und dem Ideenreichtum der Beschäftigten des Staatsarchivs zu danken. Für seine Zukunft wird entscheidend sein, zu welchen Ergebnissen die inzwischen von der Staatsregierung eingesetzte Kommission kommen wird, die bis 2016 eine aufgabenorientierte Personalbedarfsplanung für den öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen erstellen wird.

Andrea Wettmann
(Direktorin)

Grundbücher in Sachsen (Teil 2: Seit 1935)

(Gekürzte Fassung eines Vortrags, der im November 2013 beim Tag der Regionalgeschichte in Pirna gehalten wurde. Auf Grund des Umfangs erscheint dieser Beitrag in zwei Teilen. Teil 1, der die Jahre von 1843 bis 1935 behandelt, ist im Sächsischen Archivblatt 2/2014, S. 8–9, nachzulesen.)

Mit den Gesetzen zur Überleitung der Rechtspflege 1934 und 1935 ging die Verantwortung für die Justiz von den Ländern auf das Reich über. Dies hatte Auswirkungen auch auf die Grundbuchführung. Im April 1936 traten eine neue Fassung der Grundbuchordnung und eine dazugehörige Ausführungsverordnung in Kraft. Eine neue Grundbuchverordnung hob die bisherigen landesrechtlichen Regelungen zur Gestaltung und Führung der Grundbücher auf. Fortan waren Grundbücher nur noch nach den neuen reichseinheitlichen Richtlinien

zu führen und die alten Grundbücher zu schließen.

Das Grundbuchblatt bestand jetzt aus einem Bestandsblatt und drei Abteilungen. Die Gestaltung des Grundbuchs unterschied sich hier von den bisher geführten Grundbüchern. In das Bestandsverzeichnis wurden die Bezeichnung der Gemarkung, die Flurstücksnummern, Hinweise auf Einträge in den älteren Grundbüchern, auf Flurkarten und Steuerbücher, die Wirtschaftsart und Lage, die Größe sowie Hinweise auf Bestandszu- und -abschreibungen aufgenommen. Auch Hinweise auf Miteigentum an einem anderen Grundstück wurden erfasst. In der ersten Abteilung finden sich Angaben zum Eigentümer und zur Grundlage des Eintrages (z. B. Tag der Auflassung, Verweise auf Erbscheine, Testamente, Zuschlagsbeschlüsse, Bewilligungen

der Grundbuchberichtigungen, Enteignungsbeschlüsse, Verzicht auf das Eigentum usw.). Die zweite Abteilung beinhaltete Belastungen des Grundstücks oder von Teilen davon, mit Ausnahme von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, die der dritten Abteilung zugeordnet wurden. Aus den drei Abteilungen der älteren Grundbücher war der gültige Bestand an Einträgen zu übernehmen. Gelöschte Einträge waren nur zu übertragen, wenn dies dem Verständnis aktueller Einträge diene.

Von der Umschreibung waren im Bezirk des Oberlandesgerichts Dresden etwa 600 000 Grundbuchblätter betroffen. Damit dieses Verfahren umgesetzt werden konnte, beabsichtigte das Oberlandesgericht 45 Umschreibungskommissionen einzusetzen und die Arbeiten bis 1942 abzuschließen. Das Reichsjustizministerium genehmigte 30 Um-

Nummer.	Eigentümer.
13 ----- zu 1, 10.	<p><i>8. Nutzungsart</i> Juli 1942. Nutzungsart des Flurstückes Nr. 1225: Gebäude, Nr. 8 L II der Ortsliste für Pirna, Ab .B und Hof, Garten, Zufahrtsweg. Gr. Akt. Bl. <i>188.</i></p> <p><i>Meißner</i> <i>Schumann</i></p>
<p>Das Bestandsverzeichnis ist auf das Einheitskataster zurückgeführt. Fortsetzung siehe Best. Bl. <i>528</i> Eingetragen am <i>23. Sep. 1954</i></p> <p><i>Saupe</i></p>	
<p>Geschlossen auf Grund der Anweisung des Ministers des Innern vom 25. 7. 1962 am <i>1. Februar 1963</i> <i>Kaiser</i></p>	

Vermerke zur Fortsetzung des Bestandsverzeichnisses auf einem Bestandsblatt und Schließung des Grundbuchblattes auf Grund der Anweisung des Ministers des Innern vom 25. Juli 1962 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 11085 Amtsgericht Pirna, GB/GA, Nr. 7031)

schreibungskommissionen. Bis zum Jahr 1942 konnte daher nur ein Teil der Grundbücher umgeschrieben werden. Im Oktober 1944 wurde auf Weisung des Reichsjustizministers die planmäßige Umschreibung der Grundbücher auf das Reichsmuster im Zuge des „totalen Krieges“ gänzlich eingestellt. Eine Fortführung der planmäßigen Umschreibung

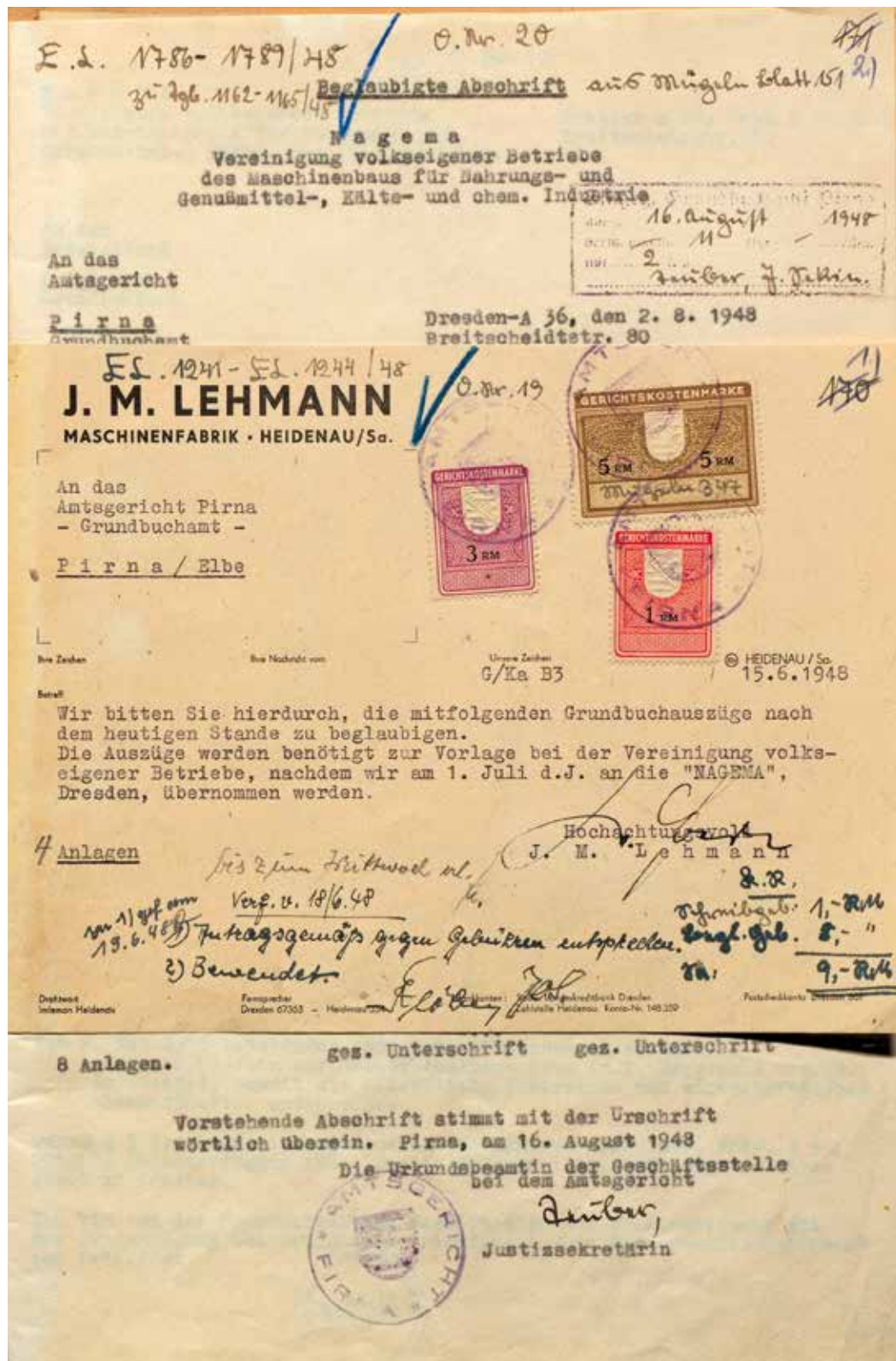
war auch nach Kriegsende nicht möglich, da durch die Bodenreform und die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher Grundlage (Befehle 124 und 125/45 sowie 64/1948 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)), die Schließung der Banken und Versicherungsgesellschaften und den dabei erfolgten Übergang von Grund und Boden

an neue Besitzer umfangreiche Aufgaben zu bewältigen waren.

Verluste bei Grundbuchunterlagen hat es bei einigen Amtsgerichten durch die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges gegeben. Soweit es sich um lebende Grundstücke handelte, versuchte man diese Grundbuchblätter wieder herzustellen. Planmäßige Verluste von Akten bzw. Akteinteilen ergaben sich durch die bereits erwähnten Enteignungen zwischen 1945 und 1948/1949. Damit sollte eine Rekonstruktion der alten Besitzverhältnisse unmöglich gemacht werden.

Im Herbst 1952 erfolgte in der DDR ein tiefgreifender organisatorischer Einschnitt. Im Zuge der Verwaltungsreform und der Überführung der Aufgaben der freiwilligen Gerichtsbarkeit von der Justiz auf Verwaltungsbehörden verließen die Grundbuchunterlagen den Bereich der Justiz, der sie seit über 100 Jahren angehört hatten. Für die Führung der Grundbuchunterlagen waren jetzt die Abteilungen Kataster bei den Räten der Kreise zuständig. Diese wurden 1965 durch das Liegenschaftswesen der Räte der Bezirke abgelöst, die in den Kreisen Außenstellen unterhielten. Diese Zuständigkeit blieb bis 1990 bestehen.

Durch die Zusammenfassung der Kataster- und der Grundbuchunterlagen ergaben sich Änderungen bei der Führung der Grundbücher. Ab Anfang 1953 wurden die Grundbücher nicht mehr fortgeschrieben. An Stelle des Grundbuchs trat das in den Grundakten liegende Handblatt mit den Grundbucheinträgen. Fortgeführt wurden nur noch die Abteilungen 1 bis 3. Die Funktion des Bestandsverzeichnisses, des Verzeichnisses der zum Grundstück gehörenden Flurstücke, übernahmen Bestandsblätter der Liegenschaftskartei, die dem Katasterbereich entstammten.



In dieser Akte sind nach der Enteignung die Blätter 1 bis 169 vernichtet worden. Die noch vorhandene Überlieferung beginnt erst mit dem Blatt 170, das später in Blatt 1 umsigniert wurde (siehe rechts oben). (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 11085 Amtsgericht Pirna, GB/GA, Nr. 5433)

Nach 1961 und 1962 sind in der DDR in größerem Umfang Grundbücher geschlossen worden. Auf der Grundlage einer gemeinsamen Anweisung über die Berichtigung der Grundbücher und Liegenschaftskataster vom 11. Oktober 1961 betraf das die Grundstücke des ehemaligen Reichs-, Preußen-, Wehrmachts-, Landes-, Kreis- und Gemeindevermögens. Im Liegenschaftskataster waren sie als „Eigentum des Volkes“ einzutragen. Ausnahmen gab es nur bei volkseigenen Grundstücken, wenn einer gesellschaftlichen Organisation, einer sozialistischen Genossenschaft oder einem Bürger der DDR Nutzungsrechte an diesen Grundstücken verliehen waren. Weitere Ausnahmen bestanden u. a. bei Grundpfandrechten für inländische oder ausländische Personen, bei einem Eigentum westdeutscher oder West-Berliner Körperschaften und bei Grundstücken, die im Zuge der nationalsozialistischen Gesetzgebung aus rassistischen oder politischen Gründen Reichsvermögen geworden waren. Seit 1962 wurden viele volkseigene Grundstücke aus dem Grundbuch ausgebucht. Grundbuchunterlagen gab es hauptsächlich für privates, genossenschaftliches und Bodenreformigentum. Die volkseigenen Grundstücke wurden meist nur noch über die Bestandsblätter des Liegenschaftskatasters nachgewiesen. In den Grundbüchern sind entsprechende Schließungsvermerke angebracht worden.

Mit der Einführung des Zivilgesetzbuches der DDR 1975 wurden auch neue Regelungen zur Führung der Grundstücksdokumentation wirksam. Das waren die Verordnung über die staatliche Dokumentation der Grundstücke und Grundstücksrechte in der DDR vom 6. November 1975 und die Anordnung über das Verfahren in Grundbuchsachen (die Grundbuchverfahrensordnung) vom 30. Dezember 1975. Sie lösten die bisherigen Bestimmungen aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 ab. Ende der 1970er Jahre wurde ein neues Formular für das Grundbuchblatt in Karteiform eingeführt, das das bisher weitergeführte Handblatt und das Bestandsblatt ablöste. Wenn ein Grundbuchblatt anzulegen, umzuschreiben oder wiederherzustellen oder einzelne Abteilungen wiederherzustellen waren, wurden die neuen Vordrucke im Format A4 quer genutzt. Die neuen Karteikarten bestanden aus vier Abteilungen, der Abteilung 0 mit den Bestandsangaben, der Abteilung 1 (Eigentum), der Abteilung 2 (Nutzungs- und

Erwerbsrechte) und der Abteilung 3 (Hypotheken). In den 1980er Jahren wurde mit einer computergestützten Liegenschaftsdokumentation (COLIDO) begonnen. Vor 1990 waren die Grundbuchunterlagen Teil der Liegenschaftsdokumentation, die aus einem Integrationsregister (einer Fortführung des bisherigen Flurbuchs), Flurkarten, Grundbüchern, Gebäudenachweisen, Nutzungsgrundbüchern und Nutzungsgrundkarten bestand.

Die Zusammenlegung der Grundbücher mit den Katasterabteilungen der Kreise im Jahr 1952 führte zu großen Raumproblemen. Zum einen wurden die Grundbücher nicht mehr fortgeführt, so dass sie an Bedeutung für den fortlaufenden Dienstbetrieb verloren, und zum anderen sind umfangreiche Akten zu bereits vor Jahren bzw. Jahrzehnten geschlossenen Grundbuchblättern mit an die neuen Behörden gelangt. Um sich davon zu entlasten, gab man in den Jahren nach 1952 in größerem Umfang Grundbücher und Grundakten in die Stadt-, Kreis- und Staatsarchive ab, wo sie ebenfalls zu Platzproblemen führten. Auch durch die Schließungen von Grundbüchern 1961 und 1962 strömten weitere Grundbuchunterlagen in die Archive. Teilweise machten auch schlechte Lagerungsverhältnisse bei den Katasterverwaltungen der Kreise und ein damit einhergehender schlechter Erhaltungszustand der Unterlagen selbst beschleunigte Übernahmen in die Staatsarchive notwendig. Daneben ist auch Katasterschriftgut von den Archiven übernommen worden. So soll Mitte der 1980er Jahre die Liegenschaftsdokumentation etwa 20% der in den Staatsarchiven befindlichen Bestände ausgemacht haben. Um diesem Problem abzuwehren, wurde Anfang der 1980er Jahre in Barby (heute Sachsen-Anhalt, Salzlandkreis) ein Archivdepot als Spezialarchiv für das Archivgut der Grundstücksdokumentation eingerichtet. Laut einer Anweisung des Leiters der Staatlichen Archivverwaltung vom 15. Dezember 1981 sollte das Depot in Barby als zuständiges Endarchiv Schrift- und Bildgut der Grundstücksdokumentation mit wissenschaftlich-historischem Wert übernehmen, soweit es für die praktische Arbeit des Liegenschaftsdienstes nicht mehr benötigt wurde. In unterschiedlichen Umfängen wurden in den folgenden Jahren aus den Stadt-, Kreis- und Staatsarchiven und den Liegenschaftsdiensten der Bezirke Grundbuchunterlagen nach Barby überwiesen, die dort, so weit möglich, erfasst wurden.

Mit der politischen Wende im Herbst 1989, den sich danach ergebenden gesellschaftlichen Änderungen und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik haben die Grundbuchunterlagen wieder einen sehr großen Stellenwert erhalten. Seitdem sind sie auch für die Klärung verschiedener Eigentumsansprüche an Grund und Boden aus den Jahren von 1933 bis 1945 und von 1945 bis Ende 1989 eine wichtige Grundlage geworden. Nach 1990 wurde die Grundbuchführung wieder von der Katasterführung getrennt. 1991 übernahmen die Kreisgerichte (ab 1993 die Amtsgerichte) die Führung der Grundbuchunterlagen, und es wurden wieder Grundbuchämter bei den Kreisgerichten eingerichtet. Die sächsischen Grundbuchunterlagen aus dem Archivdepot in Barby sind 1993 nach Sachsen zurückgeholt worden. Hier hat man sich entschieden, diese den Grundbuchämtern bei den Amtsgerichten zu übergeben. Im Sächsischen Staatsarchiv sind heute nur in sehr geringem Umfang Grundbuchunterlagen überliefert.

Mit der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über das maschinell geführte Grundbuch vom 28. Juli 1995 wurde begonnen, die Grundbücher in digitaler Form zu führen. Dies löste die Grundbücher in Papierform ab. Dazu wurden die bestehenden Grundbuchblätter übertragen. Im elektronischen Grundbuch werden auch weiterhin ein Bestandsverzeichnis mit den Angaben aus dem Liegenschaftskataster sowie die erste Abteilung mit den Eigentumsverhältnissen, die zweite Abteilung mit den Belastungen und die dritte Abteilung mit den Grundpfandrechten, wie Hypotheken und Grundschulden, geführt. Damit sind auch die verschiedenen Grundbuchttypen (nach sächsischem Recht, nach Reichsrecht von 1935, gemäß DDR-Grundbuchführung und seit Herbst 1990 nach bundesdeutschem Recht) bereinigt worden. Im Freistaat Sachsen können seit dem 1. April 2014 beim Amtsgericht Dresden Unterlagen für Grundbucheinträge in elektronischer Form eingereicht werden (Stichwort elektronische Grundakte). Zwischenzeitlich ist das Amtsgericht Leipzig hinzugekommen. Dieses Verfahren wird auf weitere Grundbuchämter ausgedehnt.

Roland Pffirschke
(Hauptstaatsarchiv Dresden)

Zur audiovisuellen Überlieferung in den Abteilungen des Sächsischen Staatsarchivs (Teil 2: Chemnitz und Freiberg)

Anders als im Staatsarchiv Leipzig, das Kinematografie-Bestände aus abgewickelten DDR-Institutionen verwahrt (Bestand 20298 Zentralhaus für Kulturarbeit, Leipzig, Bestand 20314 agra – Landwirtschaftsausstellung der DDR, Markkleeberg, Bestand 22052 Bezirksfilmstudio Leipzig), wird man in den Chemnitzer und Freiburger Abteilungen des Sächsischen Staatsarchivs kaum umfangreichere AV-Bestände vorfinden. Zwar existiert auch in Chemnitz ein größeres Filmarchiv, dies jedoch bei der Wismut GmbH im Bundesbesitz. Ebenso fällt der sichtbare Ertrag privater Film-Initiativen zur Sicherung kinematografischer Bestände örtlich unterschiedlich aus: Während in Leipzig das bürgerschaftliche Engagement frühzeitig im Staatsarchiv aufging, profiliert sich in Chemnitz ein privater Film-Sammler erfolgreich im Internet (vgl. <http://filmarchiv-chemnitz.jimdo.com/>). Auch am Beispiel verwaltungsnaher Audio-Bestände werden regionale Unterschiede in der Überlieferungsbildung deutlich. So sind nur in Dresden und Leipzig Magnettonband-Mitschnitte der Bezirkstags-Sitzungen staatlich gesichert, wie auch die Aufführungen zeitgenössischer Musik in den Beständen der Bezirksverbände der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR. Aus der dritten früheren Bezirkshauptstadt Sachsens, Karl-Marx-Stadt, ist dergleichen nicht überliefert.

Nachdem hiermit geklärt ist, was im Staatsarchiv Chemnitz nicht erwartet werden kann, zeigt ein bestandsübergreifender Blick vielfältige Inhalte aus der Chemnitzer Region, vor allem im Industriefilm. So sind im Bestand „30878 Konsumgenossenschaftsverband des Bezirkes Karl-Marx-Stadt und Vorgänger“ stumme Nitro-Filme enthalten, die zu vier Titeln aus den 1920er Jahren gehören, darunter der erste Akt von „Gesunder Trank – gesunde Menschen“. Es handelt sich um einen Werbe- und Aufklärungsfilm für die Malzkaffee-Marke der Konsum-Großeinkaufsgenossenschaften (GEG) Mannheim und Chemnitz. Unter Verwendung schematischer, animierter Darstellungen wird die Zusammensetzung und Herstellung von Gerstenkaffee vermittelt. Weitere professionelle Konsum-Filme beziehen sich auf „Die GEG Fleischwarenfabrik Oldenburg I/O“, auf „Die Berliner Konsumgenossenschaft“ und den „Konsumverein Wohlfahrt/Bochum“.

Ein Jahrzehnt später erscheint die 16-mm-Film-Überlieferung im Bestand „30950 Böhme Fettchemie GmbH, Chemnitz und Vorgänger“ werblich, didaktisch und unterhaltend zugleich. Offensichtlich existierte frühzeitig ein Mikro- und Kinolaboratorium der H. Th. Böhme A.-G. unter Leitung eines Dipl.-Ing. H. Reumuth. Somit ging die Entwicklung neuartiger FEinWASchmittel („FEWA“) einher mit filmischen Härtegrade des Wassers oder die Zerstörung von Wolle und Seide durch konventionelle Seifen. Höhepunkt der frühen Böhme-Filme ist der Titel „Geht nicht ein und geht nicht aus...“, zu datieren etwa 1936/37. In einer Spielfilm-Handlung entwickeln die Darsteller Käthe Itter und Otto Daue den Rahmen: Gäste einer „hauswirtschaftlichen Ausstellung“ nehmen das öffentliche Probewaschen mit einem beliebigen „selbsttätigen Waschmittel“ in Anspruch. Der Dramaturgie wegen gehen die Kleidungsstücke ein, die Farbe läuft aus, womit sich der Filmtitel erklärt. Allein das beworbene Feinwaschmittel der Fa. Böhme hätte den Schaden an der Garderobe vermeiden können, der freilich zum Unterhaltungswert des Stummfilms erheblich beiträgt. Der Mittelteil des Films enthält eine regelrechte Belehrung über chemisch-physikalische Hintergründe des Wäschewaschens. Sodann wird Holzspielzeug zwecks völkischer Agitation animiert: Nachdem die Hausfrau nicht mehr Importware, sondern bei Böhme einkauft, wird der deutsche Gruß gezeigt. In der optimistischen Schlusssequenz steigt ein Kinderballett aus dem Waschzuber, dies unter Beifall des Woll-„Monsters“, der ursprünglichen FEWA-Werbefigur. Erst nach der Firmen-Übernahme durch Henkel wurde als Werbeträger die freundlichere FEWA-Johanna etabliert, die in mehreren UFA-Filmen des Trickfilmproduzenten Hans Fischerkoesen auch im Chemnitzer Bestand überliefert ist.

Während sich in den Böhme-Filmen die heraufziehende NS-Zeit erst andeutet, zeigt sich in den zwei überlieferten Nitro-Film-Fragmenten aus dem „Bestand 31031 Gottfried Hilscher KG, Wirkmaschinenbau, Chemnitz“ bereits die enge Verflechtung der Wirtschaft mit den politischen Strukturen. So wird der Tod des Betriebsführers, des Sohns der Fabrikantenfamilie, der bei einem Sportunfall ums Leben kam, zum Anlass einer Manifesta-

tion unter dem Motto „Du bist nichts – Dein Volk ist alles!“. Das zweite Hilscher-Fragment dokumentiert Chemnitzer Durchhalte-Willen im Schneesturm am 1. Mai 1935. Der Film zeigt in einer Länge von 2:20 Minuten, in wenigen, statischen, endlos erscheinenden Einstellungen, den stoischen Marsch von NS-Uniformen, -fahnen und -symbolen wider die Naturgewalten.

Ende 1935 arbeiten „17 000 Volksgenossen ... in 7 Autofabriken zur Herstellung von DKW- und Wanderer-Kraftfahrzeugen“, ist aus dem 16-mm-Stummfilm „AUTO UNION im Kampf um Deutschlands Wiederaufbau und Weltgeltung“ (Bestand 31050 Auto Union AG, Chemnitz) zu erfahren. Neben der Automobil-Produktion werden technische Bewährungsproben bei Auto-Renn-Veranstaltungen in ganz Europa dokumentiert, ein weiterer Streifen gilt speziell der Produktionsstätte in Chemnitz-Siegmars. Angesichts der Bedeutung der sächsischen Fahrzeug-Tradition konnte diese schmale Überlieferung kürzlich ergänzt werden durch Erwerbungen aus einem privaten Rennsport-Archiv, das die 16-mm-Originalfilme abgegeben hat, die von den Werks-Fahrern der Auto-Union in aller Welt aufgenommen wurden.

Im Bestand „13782 Sammlung Bewegtbilder“ befindet sich aus dem Jahre 1938 das zunächst unpolitisch erscheinende Fragment „Zschopau – die 700-jährige Stadt./Ein Film vom Zschopauer Heimatfest 1938“. Unter



„Gesunder Trank – gesunde Menschen“, Standbild aus dem gleichnamigen Film (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, 30878 Konsumgenossenschaftsverband des Bezirkes Karl-Marx-Stadt und Vorgänger, Nr. 3)



Standbild aus „Zschopau – die 700-jährige Stadt./Ein Film vom Zschopauer Heimatfest 1938“ (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 13782 Sammlung Bewegtbilder, Nr. 4)



Standbild aus dem Film des VEB Bergbau- und Hüttenkombinat „Albert Funk“, Freiberg „Edelmetall – Erzeugnisse und Sonderwerkstoffe“ (noch in archivischer Bearbeitung; vorl. Signatur StAF-001)

dem „Protektorat unseres Bürgermeisters...“ bedient der örtliche Fotograf die stumme Kamera, zwei Lehrer wirken beim Schnitt mit und entwerfen die Text-Tafeln. „Unser Erzgebirgsmädel“ gibt in farbenfroher Tracht dem vorwiegend dokumentarischen Film einen inszenierten Rahmen. Der Hauptteil des Films zeigt Aufmärsche anscheinend aller Gruppen der Zschopauer Bevölkerung unter der NS-Fahne mit nur wenigen zivilen Momenten, etwa dem abendlichen Tanz auf der Straße. Abschließend wird behauptet: „Deutsch un frei/wolln mer sei/un do bleibn mer aah derbei,/weil mer/Arzgebirglers sei!“. Während der Typus Jubiläums-Festzug durchaus eine serielle Erscheinung in der regionalen Medien-Überlieferung ist, wirken hier der Umfang (1:20 h), der frühe Farbfilm-Anteil (fast 1/3) und die Umsetzung bemerkenswert. Produzent, Thema, Filmteam und medientechnische Mittel nahmen den Auftragsfilm späterer DDR-Amateurfilmgruppen vorweg: Bereits 1938 wurde fernab der großen Medienzentren in Mitteleuropa das Machbare geleistet. – Zum Zweiten Weltkrieg und seinen unmittelbaren Folgen existiert im Staatsarchiv Chemnitz keine Medien-Überlieferung, wie in den anderen Archivabteilungen auch.

In zahlreichen Beständen aus der DDR-Zeit sind in Chemnitz Film-Dokumente überliefert, die den privaten Konsum betreffen. Auf großes Benutzerinteresse treffen Filme zu verschiedenen DDR-Fahrzeugtypen, die in mehreren Beständen enthalten sind. Hinzuweisen wäre etwa auf den Titel „Testfahrt durch Ägypten“ (Bestand 30918 VVB Automobilbau, Karl-Marx-Stadt), 1956 hergestellt durch die DEFA im Auftrag des Ministeriums für allgemeinen Maschinenbau, mit der spektakulären Vorbeifahrt einer Kolonne von DDR-Fahrzeugen an einer Pyramide, in Farbe, unterlegt mit Sinfonieorchester. Während hier

die deutschsprachige Fassung nur fragmentarisch überliefert ist, sind die französische und die englische Fassung komplett. Die militärische Kehrseite der Fahrzeugproduktion zeigt der sog. Sonderstreifen „Fahrzeugerprobung im Wüstengelände Ägyptens“ aus dem gleichen Jahr, als Unikat überliefert, schwarz-weiß und stumm. Dem Fußgänger galten die Strumpf-Werbefilme des VEB Feinstrumpfwerke Esda, Thalheim/E. (Bestand 31362 VEB Feinstrumpfwerke Esda, Thalheim/E., Stammbetrieb des VEB Strumpfkombinat Esda Thalheim/E. und Vorgänger; russisch/deutsch), der Hausfrau die Fließstrecke zur Produktion der DDR-typischen Waschmaschine WM 66 Schwarzenberg (Bestand 30992 VEB Haushaltgeräte Karl-Marx-Stadt, Stammbetrieb des VEB Kombinat Haushaltgeräte Karl-Marx-Stadt, und Vorgänger). Daneben enthalten die Chemnitzer Industriefilme zahlreiche Darstellungen zum Maschinenbau und zur Textilproduktion in der DDR.

Die AV-Überlieferung des Bergarchivs Freiberg setzt mit zwei stummen Nitrofilmen um 1930 ein: „Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktien-Verein Zwickau, Sa.“, und „Flottmann“ – Fabrikate im Bergbau zum Hereingewinnen der Kohle und Vortrieb von Strecken im Gestein“, beide hergestellt von Münchener Filmproduzenten. Vermittelt wird die heute kaum noch vorstellbare, schwere und gefährliche Erwerbstätigkeit der sächsischen Bergleute und Kokerei-Arbeiter, zugleich die Primitivität der verwendeten Hilfsmittel. Als Mitte der 1960er Jahre der Steinkohlen-Bergbau in Sachsen beendet wurde, stellte sich die Frage nach der industriellen Konversion, die in dem Film „Kohle – Kumpel – Perspektiven“ erwartungsgemäß optimistisch beantwortet wurde. Hergestellt vom DDR-Fernsehen, jedoch überliefert in einer – bei weitem noch nicht aufgearbeiteten – Filmsammlung, die das Bergbaumuseum

Oelsnitz abgegeben hat, war der Titel wohl nur für den internen Gebrauch bestimmt: Dem Deutschen Rundfunkarchiv war er unbekannt.

Die Bergleute selbst haben mit frühen Amateurfilmen im 8- und 16-mm-Format sowohl unter Tage als auch von der Alltagswelt zahlreiche Filmdokumente hinterlassen, wie etwa den Stummfilm mit Zwischentiteln „Die neue Schedewitzer Brücke“, hergestellt 1959 von einem Fotozirkel (Bestand Fotografien und Druckplatten aus dem Zwickauer Steinkohlenbergbau). Die neue Schedewitzer Brücke wird in Betonbauweise errichtet, zuvor muss die Gaststätte „Weißes Roß“ abgerissen werden; die Anschlussstraßen werden gebaut (darunter: Frauen bei Erdarbeiten), schließlich passiert die letzte Straßenbahn die alte Brücke. Am 29. September 1958 übergibt der Oberbürgermeister in volksfestähnlichem Rahmen die neue Brücke dem Verkehr. Parolen lauten „Arbeite mit – plane mit – regiere mit“ oder „Wir bauen unsere Brücken für den Frieden“. 1959 rollt schließlich die „Internationale Radrennfahrt für den Frieden“ über die neue Schedewitzer Brücke. Bestandsergänzend wurde das Lebenswerk des Oelsnitzer Filmamateurs Gerhard Milde übernommen, der als Markscheider im Bergbau tätig, daneben jedoch von 1958 bis 1992 im privaten Bereich mit der stummen 8-mm-Kamera unterwegs war: Familiäre Ereignisse wie die Hochzeit der Tochter im Haus des Volkes, Urlaube in der näheren und weiteren Heimat, Dienst- und Fernreisen in das sozialistische Ausland wurden ordentlich dokumentiert. Dass er zu jeder Jahres- oder Themenrolle einen ausführlichen Vermerk gefertigt hat, bietet einen erweiterten Erkenntnisgewinn und trug zur positiven Bewertungsentscheidung bei.

Stefan Göock
(Archivzentrum Hubertusburg)

Leipziger Messe – Tor zur „Daten-Welt“. Messebestände elektronisch erschlossen

Im Jahr 2015 begeht die Stadt Leipzig mehrere Jubiläen: Neben der Tausendjahrfeier der Ersterwähnung von „urbs libzi“ als Höhepunkt steht mit dem 850. Jubiläum der Leipziger Messe ein weiteres wichtiges Datum an. Im sog. Stadtbrief des Markgrafen Otto von Meißen (verliehen zwischen 1156 und 1170) wurden Stadt- und Marktrecht für Leipzig verbrieft. Zahlreiche Veranstaltungen, Ausstellungen sowie eine Fachtagung der Messgesellschaft widmen sich diesem, die Entwicklung der Stadt Leipzig prägenden Jahrestag.



Reklamemarke für das Messehaus „Handelshof“, 1933 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20982 Leipziger Messe- und Ausstellungs-AG, Nr. 201)

Das Staatsarchiv Leipzig konnte rechtzeitig zum Jubiläumsjahr seine Findmittel der Messebestände überarbeiten und fast vollständig elektronisch nutzbar machen. Damit stehen ungleich mehr Informationen zur Messegeschichte auch online zur Verfügung. Für die ältere Messgeschichte sind daneben das Hauptstaatsarchiv Dresden sowie das Leipziger Stadtarchiv zu nutzen. Neben den Rat der Stadt als Organisator der Messen trat mit den veränderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen im Deutschen Kaiserreich der 1892 gegründete „Messausschuss der Handelskammer“. Der Erste Weltkrieg und die wachsende internationale Konkurrenz machten eine weitere Institutionalisierung der Messerverwaltung erforderlich, so dass 1916 das „Messamt für die Mustermesse in Leipzig“ gegründet wurde, das zunächst als Verein seine Tätigkeit Anfang 1917 aufnahm. 1921 wurde das Messamt in eine Körperschaft öffentlichen Rechts umgewandelt, 1926 erfolgte die Namensänderung in Leipziger Messeamt. Weitere Schritte waren die Unterstellung unter das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda im August 1934 und die Umbenennung in Reichsmesseamt 1940. Nachdem im Herbst 1941 kriegsbedingt die letzte Mustermesse stattgefunden hatte, nahm das Leipziger Messeamt

im August 1945 die Arbeit wieder auf. Die erste Nachkriegsmesse fand im Mai 1946 statt. Im November 1950 wurde das Leipziger Messeamt – Körperschaft des öffentlichen Rechts – in einen volkseigenen Betrieb als Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt. Heute liegt die Organisation und Förderung der Messen in den Händen der Leipziger Messe GmbH, die ein eigenes Unternehmensarchiv unterhält.

Strukturiert war das Messeamt in Abteilungen, die zeitweise als selbständige Unternehmen ausgegliedert waren: ab 1917 bestanden die Kaufmännische Abteilung und die Literarische Abteilung (später mit Pressedienst, Bibliothek und Archiv). 1919 kam für Grundstücksfragen die Technische Abteilung hinzu (ab 1923 Leipziger Messe- und Ausstellungs-AG). Die Rechtsabteilung und die Verlagsabteilung (ab 1923 Verlagsanstalt des Leipziger Messeamts GmbH) wurden 1921 eingerichtet. Im Jahr 1934 übernahm das Messeamt die selbständige Werbedienst GmbH. Diese zeitweilig existierenden Tochtergesellschaften waren organisatorisch und personell eng mit dem Messamt verwoben, deren privatwirtschaftliche Organisation bot vor allem finanzielle Vorteile. In den Jahren ab 1977 sind die Unterlagen des Messeamts und der Messgesellschaften an das Staatsarchiv Leipzig abgegeben worden. Die umfangreichen Findkarteien zu den Geschäftsakten, Fotos, Drucksachen, Plakaten und einzelnen Gegenständen stammten noch aus dem Verwaltungsarchiv und bildeten bis in die jüngste Vergangenheit die gültigen Findmittel. Seit 2008 standen die Messebestände im Mittelpunkt mehrerer Erschließungsprojekte – beginnend mit der viel benutzten Fotosammlung des Messeamts I (vgl. Sächsisches Archivblatt 2/2010). Der überwiegende Teil der Erschließungsinformationen konnte durch Re-

trokonversion in die Archivdatenbank eingegeben werden, weitere Teile mussten neu erschlossen werden. Durchgehend überarbeitet wurde die Ordnung der Bestände.

Der Hauptteil der Überlieferung des Leipziger Messeamts im Staatsarchiv ist in zwei gleichnamigen Beständen (bis 1945 und DDR-Zeit) zu finden. Seit seiner Gründung war das Amt verantwortlich für die Organisation, Durchführung und Förderung der zweimal jährlich in Leipzig stattfindenden Messen. Etappen und Umbrüche wie der Bau des Geländes der Technischen Messe am Völkerschlachtdenkmal, Reichsmesse und Rüstungsproduktion, Kriegszerstörung und erste „Friedensmesse“ sowie die Funktion der Messe für den Ost-West-Handel veranschaulichen die wechselvolle Geschichte. So sind in den Unterlagen die Aspekte Ausstellungswesen (einschließlich Sonderausstellungen), die Einbindung neuer Industriezweige oder die Ausstellerwerbung umfangreich dokumentiert. Auch die Teilnahme einzelner Firmen oder Personen kann durch die überlieferten Messadressbücher (bereits ab 1849) oder der zahlreichen Fotos vom Messegeschehen (ab 1910) nachgewiesen werden. Die Tätigkeit des Messeamts schloss eine genaue Beobachtung der wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung ein. Insofern sind umfangreiche Informationen zur Binnenwirtschaft, zum Außenhandel sowie politische Einschätzungen vorhanden.

Das Messeamt selbst spiegelt mit seiner Geschichte die Umbrüche des 20. Jahrhunderts sehr anschaulich wider. Als singuläre Einrichtung stand es zwischen den Interessen der Wirtschaftsverbände, der Kommune und des Staats. Das ständige Ringen um eine solide

Übersicht über die Messebestände im Staatsarchiv Leipzig

Bestand	Laufzeit	Umfang
20202 Leipziger Messeamt (I)	1835–1964	71 m, 17 295 Fotos
21000 Leipziger Messeamt (II)	1945–1987	38 m, 27 095 Fotos
20203 Messeausschuss der Handelskammer Leipzig	1892–1917	2,5 m
20982 Leipziger Messe- und Ausstellungs-AG	1913–1950	6 m
20983 Leipziger Textilmessehäuser Gesellschaften	1921–1950	0,2 m
20985 Messehaus Drei Könige Leipzig	1896–1980	1,5 m
20986 Messepalast Handelsstätte Dresdner Hof, Leipzig	1910–1945	1,5 m
22369 Verlagsanstalt des Leipziger Messeamts GmbH	1921–1950	0,3 m



Bauarbeiten zur Untergrund-Messehalle am Markt, August 1924, Fotograf: Paul Faulstich, Leipzig (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20202 Leipziger Messeamt (I), Nr. F 3308)

Finanzierung ging mit der Einflussnahme der Messe-Träger auf Themen-Schwerpunkte und die Stellenbesetzung einher. Die Umsetzung zahlreicher Gesetze und Vorschriften des NS-Staats, besonders das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, bewirkten ab 1933 gravierende personelle Verwerfungen. Leitende Mitarbeiter wurden versetzt, entlassen oder schieden aus unterschiedlichen Gründen aus, so dass die Arbeitsfähigkeit des Messeamts stark eingeschränkt war. Ab 1940 verschärften kriegswirtschaftliche Einschränkungen und Zerstörungen die Situation, dazu kamen Restriktionen der Reichsbehörden und des Oberkommandos der Wehrmacht. Nach der Wiedereinrichtung der Messe 1945 bestimmten Befehle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und ab 1949 Verordnungen und Direktiven des Ministeriums bzw. der Kammer für Außenhandel der DDR die Messepolitik. Auch aus den jüngeren Unterlagen lässt sich die Sonderstellung des Messeamts ablesen: Die Förderung des Handels innerhalb des sozialistischen Wirtschaftsraums war zu koordinieren mit den wirtschaftlich wichtigen Kontakten zu westlichen Ländern, insbesondere zur BRD.

Die Entwicklung des Messegesehens korrespondierte auch im 20. Jahrhundert mit Veränderungen im Stadtbild, die erheblichen Einfluss auf die bauliche Entwicklung Leipzigs hatten. Herausragende Beispiele sind der Bau des Untergrundmessehauses unter dem Marktplatz und die Erweiterung des Ausstellungsbetriebs um das Areal am Völker-

schlachtenkmal. Bau und Vermietung von Ausstellungsgebäuden lagen in den Händen der Technischen Abteilung des Messeamts, ab 1923 ausgegliedert als „Leipziger Messe- und Ausstellungs-AG“. Der gleichnamige Bestand im Staatsarchiv spiegelt die Gründung und Entwicklung des Unternehmens, die Bewältigung der Folgen der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs wider.

Einen Schwerpunkt in der Überlieferung bildet dabei die Entwicklung des Ausstellungsgeländes der Technischen Messe. Bereits 1923 wurde mit dem Bau der Messehalle 9 für Ausstellungen der Maschinenbauindustrie begonnen. Dieser Halle folgten zahlreiche weitere Neubauten und die infrastrukturelle Erschließung des Geländes. Damit wurde die Vermietung der Messehallen ein Hauptstandbein des Unternehmens, das ständig bestrebt war, neue Messen zu entwickeln und Aussteller zu gewinnen. Aus diesem Grund stand die AG in Verhandlungen mit großen Wirtschaftsverbänden wie z. B. dem Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten. Ein Großprojekt des Unternehmens war die Anfang der dreißiger Jahre errichtete, noch heute bestehende Baumesse-Siedlung in unmittelbarer Nachbarschaft zum Ausstellungsgelände. Hier konnten den Messebesuchern die Anwendung und Haltbarkeit neuer Baustoffe sowie Bau-technik in der Praxis vorgeführt werden.

Den zweiten großen Geschäftszweig der AG bildeten Bau und Vermietung moderner Messehäuser in der Leipziger Innenstadt. Be-

sonders hervorzuheben sind dabei das zur Frühjahrsmesse 1925 eröffnete Untergrundmessehaus, als erstes unterirdisches Messehaus der Welt, und der zur Frühjahrsmesse 1927 eingeweihte Petershof mit dem legendären Lichtspieltheater Capitol.

Aufgrund der Weltwirtschaftskrise musste die Leipziger Messe- und Ausstellungs-AG Anfang der dreißiger Jahre, v.a. durch den Rückzug von Ausstellern der Technischen Messe und die Kündigung von Messmietverträgen, hohe Verluste hinnehmen. Um das Unternehmen zu retten, wurde sein gesamter Grundbesitz 1932 auf das Leipziger Messeamt übertragen. Die Firma wurde auf diesem Weg in eine reine Vermietungsgesellschaft umgewandelt. Die vermieteten Quadratmeterzahlen stiegen seit 1934 wieder an, die wirtschaftliche Situation der AG stabilisierte sich. Diese positive Entwicklung fand durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ihr Ende. Bereits 1940 erfolgte die Stilllegung der Technischen Messe und der Baumesse, die Messehallen wurden nachweislich durch Rüstungsbetriebe, v.a. die Junkers & Co. GmbH, und die Wehrmacht genutzt. Am 10. Februar 1942 wurden alle deutschen Messen durch das Reichspropagandaministerium abgesagt. Dieser Zustand blieb bis Kriegsende bestehen und beschränkte die Geschäfte der Gesellschaft auf die bloße Verwaltung ihrer Mietobjekte. Den Protokollen der Aufsichtsratssitzungen ist zu entnehmen, dass die schwierige Situation des Unternehmens durch schwere Bombenschäden an den Messegebäuden noch verschärft wurde.

Nach Kriegsende kehrte die AG zum normalen Vermietungsgeschäft zurück, das aber durch die politische Entwicklung und den damit verbundenen Rückzug von Ausstellern aus der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland starken Schwankungen unterworfen war. Schließlich wurde das Unternehmen mit Wirkung vom 5. Dezember 1950 in das Messeamt Leipzig eingegliedert. Seine Aufgaben übernahm dessen Abteilung Ausstellerdienst.

Mit der elektronischen Erschließung der Messebestände wird die Auskunftserteilung erheblich erleichtert und durch die Online-Stellung der Findmittel der weltweiten Nachfrage, insbesondere nach Fotografien und firmengeschichtlichen Unterlagen, entsprochen. Für die Archivarbeit selbst wurden gleichzeitig Grundlagen für weiterführende Projekte der Bestandserhaltung und Digitalisierung gelegt.

Katrin Heil/Birgit Richter
(Staatsarchiv Leipzig)

Gießmannsdorf – verlorenes Land. Eine Geschichte zum Braunkohlebergbau

Braunkohle – seit mehr als 100 Jahren geliebt und gehasst. Das bräunlich-schwarze Sedimentgestein ist ein fossiler Brennstoff, der zur Energieerzeugung verwendet wird und nebenbei Geschichte(n) schreibt, Geschichten von Arbeit, bescheidenem Wohlstand, aber auch von Krieg und Vertreibung. Die Bewohner der vom Braunkohletagebau Jämschwalde-Nord bedrohten Dörfer in der Lausitz wollen den Ausstieg aus der Kohleförderung und haben dies am 4. Januar 2015 mit einem Sternmarsch bekräftigt. Andererseits beschäftigt der schwedische Energiekonzern Vattenfall in der lausitzer Braunkohle-Industrie etwa 8000 Menschen. Egal für welche Seite das Herz schlägt, Tatsache ist, dass bereits jetzt viele Dörfer für die Gewinnung von Energie devastiert worden sind. Die Gemeinde Horno im Landkreis Spree-Neiße ist dafür ein Beispiel. Mitte 2004 erfolgte der Abriss der ersten Teile des Dorfes und das letzte Haus musste 2005 geräumt werden. Der Ort ist von den Landkarten verschwunden. Und doch ist es eine Chance des Neuanfangs. Entstanden sind aus vielen Tagebaurestlöchern Badeseen, Naturschutzgebiete und nicht zuletzt auch Freizeitparks. Belantis ist dafür ein jüngerer Beispiel. Die Kehrseite der Medaille erlebten die Einwohner von Nachterstedt im Juli 2009. Es kam im Ortsbereich zum Abbruch eines etwa 350 Meter breiten Landstreifens in den südlichen Ausläufer des Concordiassees.

Diese und ähnliche Ereignisse sind eng mit dem Kohleabbau nicht nur im Lausitzer und Mitteldeutschen Braunkohlerevier verbunden. Auch in der östlichen Oberlausitz gab und gibt es, wie die Überlieferung im Hauptstaatsarchiv Dresden und im Bergarchiv Freiberg zeigt, vor allem im heutigen Polen große Braunkohletagebaue. Bei Tüschau wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein großes Braunkohlevorkommen entdeckt. Der Braunkohleabbau begann zunächst im Tief- und ab 1907 im Tagebau. Den Abbau der Braunkohle betrieb die Herkules AG, welche 1917 vom sächsischen Staat aufgekauft wurde. Zur Verarbeitung der Kohle entstanden 1907 und 1908 in Hirschfelde zwei Brikettfabriken und im April 1911 ging dort das erste Kraftwerk in Betrieb. Das verstärkte Engagement des Staates im Energiesektor führte 1923 zur Gründung der staatlichen „Aktiengesellschaft Sächsische Werke“ (ASW), deren schriftliche Hinterlassenschaften heute das Hauptstaats-



Foto vom Haus Nr. 3 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 11605 AG Sächsische Werke (ASW), Nr. 2938)

archiv Dresden als Bestand 11605 verwahrt. Die ASW entstand mit dem Ziel, die seit den Anfängen der Elektrizitätswirtschaft auf eine große Anzahl von Gemeinden und private Elektrizitätswerke verteilte Versorgung des Landes mit Strom auf der Basis der in Sachsen vorhandenen Braunkohle zusammenzufassen. Auf Grund eines am 14. März 1924 mit dem Freistaat Sachsen abgeschlossenen Vertrages übernahm die ASW die Braunkohle- und Elektrizitätsunternehmen einschließlich eines umfangreichen Grundbesitzes vom Freistaat. Die ASW forcierte die sächsische Braunkohlenförderung. Im Rahmen der Autarkiebestrebungen wuchs die Bedeutung des sächsischen Braunkohletagebaus. Dazu wurde vom NS-Regime die Braunkohlehydrierung zur Gewinnung von Treibstoff massiv gefördert. Auf der Grundlage des reichen Braunkohlevorkommens im Tüschauer Gebiet beschloss die ASW, die Bewohner einer kleinen Gemeinde im äußersten Osten Sachsens umzusiedeln und danach den Ort im Tagebau untergehen zu lassen. Die Gemeinde hieß Gießmannsdorf und gehörte zur Amtshauptmannschaft Zittau. Um 1860 wird der Ort von Otto Moser im Album der Rittergüter und Schlösser des Königreichs Sachsen wie folgt beschrieben: „Giessmannsdorf, ein stattlicher Ort mit einem schönen Schlosse, liegt am Ufer der Neisse, eine Stunde von Zittau, eine Viertelstunde von Hirschfelde und

eine halbe Stunde von Reibersdorf in höchst angenehmer Gegend auf einer Anhöhe, die herrliche Aussichten auf die Lausitzer Gebirge und eine Unzahl Ortschaften bietet. Das Dorf besteht aus achtundfunzig Häusern mit fast dreihundert Einwohnern, darunter funfzehn Gärtner und neunzehn Häusler befindlich sind. Die Hauptnahrungszweige der Bewohner Giessmannsdorfs sind Ackerbau, Viehzucht und Leinweberei.“

Knapp hundert Jahre später, im Jahr 1943, begann dann die ASW mit dem Kauf von Grundstücken in Gießmannsdorf mit dem Ziel, die ganze Gemeinde umzusiedeln. Dazu wurden detaillierte Pläne ausgearbeitet. Nach einem Plan über die Erweiterung des Tagebaus sollten die ersten Häuser 1944/45 den Baggern zum Opfer fallen. Eine besondere Brisanz für die Bewohner erhält die Umsiedlung durch die Tatsache, dass das Land östlich der Neiße nach dem 8. Mai 1945 dem polnischen Staatsgebiet einverleibt wurde. Alle Bewohner, die bis 1945 noch nicht durch die ASW vertrieben wurden, mussten bis zum 22. Juni 1945 den Ort auf Anweisung der polnischen Verwaltung verlassen.

Die letzten Tage von Gießmannsdorf sind aus den Akten der ASW im Hauptstaatsarchiv Dresden abzulesen. Wie sah dieses



Foto vom Haus Nr. 4 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 11605 AG Sächsische Werke (ASW), Nr. 2938)



Foto vom Haus Nr. 8 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 11605 AG Sächsische Werke (ASW), Nr. 2938)

Dorf aus, wie seine Häuser? Wer waren die Bewohner? Diese Fragen können zum Teil die stummen Zeugen der Geschichte, die Akten, beantworten. In langen Verhandlungen wurde den Grundstücksbesitzern die Umsiedlung schmackhaft gemacht. Es existiert von jedem Grundstück eine Akte. Man hat sogar, und das ist vielleicht auch das Bemerkenswerteste, von jedem Haus, bis auf wenige Ausnahmen, ein Schwarz-weiß-Foto angefertigt und der Akte beigelegt. Anhand eines Gesamtplanes des Ortes, welcher auch überliefert ist, kann jedes Haus wieder an sei-

nen Platz gerückt werden. Das Dorf entsteht dadurch virtuell neu.

Aber die Grundstücksakten erzählen auch spannende Geschichten. Der bei der Reichsbahn, Betriebsamt Zittau, beschäftigte Weichenwärter Ernst Reinhold Neumann lebte mit seiner Ehefrau Alma, geb. Noack, ohne Kinder im Haus mit der Nummer 3. Laut Eigentümerfragebogen bestand das Haus aus 1 Stube (16,25 m²), 2 Kammern (9,10 m² und 16,50 m²), 1 Bodenraum (40 m²), 1 Keller, 1 Schuppen, 3 Nebengelasse, 2 Vorsäle

(20 m²) und 1 Stallung (7 m²). Alle Räume hatten elektrisches Licht, aber nur ein Raum war beheizbar. Zum Haus gehörten 230 m² Gartenland mit 16 Obstbäumen und 35 Beerensträuchern. Darüber hinaus betrieb die Familie Neumann Kleintierhaltung. Dazu zählten Hühner, Kaninchen und auch 2 Ziegen. Den Fragebogen füllte Neumann selbst aus. Die ASW beschrieb dagegen im November 1942 das Haus etwas sachlicher: „Altes Fachwerkhäus, Erdgeschoss massiv, Brettergiebel, Strohdach, hinterer massiver Abseitenanbau mit Ziegel eingedeckt, Abort im Freien, Keller im Freien eingebaut, 2 Holzschuppen im Freien.“ Das Haus und der Grund und Boden wurden auf einen Wert von 3 100 Reichsmark geschätzt. Der Tauschvertrag, in dem die Parteien ausdrücklich erklärten, „das Juden an diesem Rechtsgeschäft nicht beteiligt sind“, datiert vom 26. Juni 1943.

Das Foto vom Gebäude wurde von der ASW am 23. Juni 1942 aufgenommen. Neumann selbst äußerte den Wunsch, nach „Wittgendorf, da dort keine Flugasche und Rauchbelästigung durch die ASW und Karbidfabrik vorliegt“, umzusiedeln. Dieser Wunsch fand aber bei den Planungen der ASW keine Berücksichtigung. Die ASW vereinbarte mit Neumann ein Grundstück mit Haus in Drausendorf als Tauschobjekt. Durch die Kriegereignisse war eine direkte Umsiedlung nach Drausendorf nicht möglich, deshalb sollte das Gießmannsdorfer Grundstück zuerst mit einem Grundstück in Seitendorf getauscht werden, um dieses dann nach Fertigstellung eines Hauses in Drausendorf zu tauschen. Neumann hatte sich entschieden, die Zwischenlösung Seitendorf nicht in Anspruch zu nehmen, daher war für ihn ein Umzug nach Dittelsdorf Nr. 4 vorgesehen. Aus dem Schriftverkehr geht aber hervor, dass die Familie Neumann noch bis zur Ausweisung im Juni 1945 in Gießmannsdorf wohnte und letztendlich eine Wohnung im Bahnhof Hirschfelde bezog.

Das Haus Nr. 3 wurde erst am 15. April 1946 abgerissen (gesprengt). Das Schicksal der Familie Neumann ist natürlich nur ein Beispiel, denn gleiches oder ähnliches können auch der Ofensetzer und Fliesenleger Karl Zimmermann in Nr. 4 oder der Landwirt Emil Gruner in der Nummer 8 erlebt haben. Heute befindet sich an der Stelle des Ortes Gießmannsdorf das polnische Braunkohlenrevier Turów. 2004 arbeiteten in der Grube etwa 1 100 Menschen. Dabei waren 40 Schaufelradbagger und 5 Absetzer im Einsatz. Die Länge der Förderbänder betrug über 100 km.

Bernd Scheperski
(Hauptstaatsarchiv Dresden)

Gottfried Huppertz – Werke des „Metropolis“-Filmkomponisten ermittelt

Immer wieder kommt es vor, dass durch Zufall wahre Schätze in Archiven entdeckt werden, die entweder längst in Vergessenheit geraten waren oder von deren Existenz man noch nicht wusste. Auch die über 700 Meter umfassende Überlieferung von Musikverlagen im Staatsarchiv Leipzig bietet noch so manche Überraschung. Im Oktober 2014 war es wieder so weit, als Autographe des Komponisten Gottfried Huppertz ermittelt wurden – eines Komponisten, der heute besonders durch die von ihm geschriebene Filmmusik zum Kinoklassiker „Metropolis“ aus dem Jahr 1929 bekannt ist.

Gottfried Huppertz wurde am 11. März 1887 in Köln geboren. Während seines Musikstudiums am dortigen Konservatorium begann er zu komponieren und arbeitete anschließend als Opernsänger und Theaterschauspieler in Freiburg i. Br., Breslau und Coburg. Kurz nachdem Huppertz 1920 nach Berlin gezogen war, lernte er durch seinen Jugendfreund, den Schauspieler Rudolf Klein-Rogge, die Autorin Thea von Harbou und den Regisseur Fritz Lang kennen, mit denen er an verschiedenen Stummfilmproduktionen zunächst als Schauspieler („Dr. Mabuse, der Spieler“, 1922) und dann als Filmmusikkomponist arbeitete („Die Nibelungen“, 1924, „Zur Chronik von Grieshuus“, 1925 und „Metropolis“, 1927). Neben weiteren Filmmusiken, unter anderem zu dem ersten Karl-May-Tonfilm „Durch die Wüste“ (1936), schrieb Huppertz auch einige Lieder und arrangierte Werke anderer Komponisten. Er starb am 7. Februar 1940 an den Folgen eines Herzinfarktes in Berlin. Für beinahe vierzig Jahre geriet er fast völlig in Vergessenheit, bis er vor allem aufgrund seiner Mitarbeit an „Metropolis“, einem Meilenstein der Filmgeschichte, wiederentdeckt wurde.

Im Oktober 2014 wurden bisher unbekannte Werke von Huppertz auch im Staatsarchiv Leipzig ermittelt, was der internationalen Vernetzung in Zeiten des Internet zu verdanken ist: Der Hinweis auf die Existenz von Briefen Huppertz' im Staatsarchiv Leipzig im Wikipedia-Personeneintrag führte zu einer Anfrage eines amerikanischen Musikwissenschaftlers beim Staatsarchiv Leipzig. Im Zuge der Auskunftserteilung gerieten Musikalien im Bestand 21109 VEB Edition Peters in den Blick, die bisher undatiert und ungenau verzeichnet waren. Als sich bei der Prüfung herausstellte, dass sich unter den Noten auch zahlreiche Au-



Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 21070 C. F. Peters, Leipzig, Nr. 5732 (Ausschnitt)

tographe des Komponisten befanden, wurden die bisher nur unzureichend erschlossenen Musikalien im Rahmen eines musikwissenschaftlichen Praktikums durch die Verfasserin genauer verzeichnet. Es handelt sich dabei um Arrangements verschiedener Lieder und Tänze für Salonorchester, um die der Verlag C. F. Peters Huppertz gebeten hatte. Chant d'amour von Sigismund [Sigismond] Stojowski und die Spanischen Tänze von Moritz Moszkowski erschienen Huppertz für Arrangements geeignet, ebenso verschiedene Lieder von Hugo Wolf sowie die lyrischen Stücke „Hochzeitstag auf Troidhaugen“, „Erotik“, „An den Frühling“ und das Lied „Ich liebe dich“ von Edvard Grieg.

Die Arrangements entstanden zwischen 1929 und 1930, daher wurden die Musikalien vom Bestand 21109 VEB Edition Peters Leipzig in den Bestand 21070 C. F. Peters, Leipzig, überführt. Letzterer beinhaltet das Archivgut des im Jahr 1800 gegründeten Verlags C. F. Peters, welches zu den vollständigsten Dokumentationen eines Leipziger Verlags gehört, die bis heute erhalten geblieben sind. Der Bestand

enthält Archivalien im Umfang von 115 Metern, die neben Musikalien zahlreicher Komponisten, u. a. Edvard Grieg und Louis Spohr, vor allem Korrespondenz des Verlags mit Komponisten und anderen Geschäftspartnern umfassen. Darunter befinden sich auch die genannten Briefe von Gottfried Huppertz aus einem Zeitraum zwischen 1929 und 1935, in denen er mit Mitarbeitern des Verlags die oben genannten Arrangements bespricht. Interessant ist auch seine auf Bitte des Verlags vorgenommene Einschätzung üblicher finanzieller Forderungen bei der Nutzung eines Werkes für Filmvertonungen. Bei den nun neu ermittelten Musikalien handelt es sich hauptsächlich um autographe Arbeitsmanuskripte der Partituren. Trotz vorhandener Stichvorlagen mit Anweisungen für den Stecher scheinen die Arrangements nicht veröffentlicht worden zu sein. So wurden die Werke nicht bekannt und auch nicht gesucht – bis eine Anfrage aus den USA zu ihrer Ermittlung führte.

Elisabeth Veit
(Staatsarchiv Leipzig)

„Akten – Akteure – Erinnerungen“ – Veranstaltung der BStU-Außenstelle Chemnitz zur politischen Wende von 1989 im Staatsarchiv Chemnitz

In den vergangenen Jahren hatten sich engere Kontakte zwischen dem Staatsarchiv Chemnitz und der Außenstelle Chemnitz des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) entwickelt. Anlässlich der Eröffnung des neuen Archibgebäudes entstanden erste Überlegungen, den neuen Vortragssaal des Staatsarchivs Chemnitz auch für gemeinsame Veranstaltungen zu nutzen. Dafür sprechen auch die innenstadtnahe Lage des neuen Staatsarchivs und die gute Verkehrsanbindung.

Eine erste gemeinsame Veranstaltung fand nun anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der politischen Wende in der DDR am 22. Oktober 2014 unter dem Titel „Akten – Akteure – Erinnerungen: Der Herbst 1989 im Spiegel von Stasi-Akten und Zeitzeugenberichten“ statt, die von der BStU-Außenstelle inhaltlich vorbereitet wurde.

In seiner Begrüßung erinnerte Raymond Plache, Leiter des Staatsarchivs Chemnitz, eingangs daran, dass es vor allem die BStU und die staatlichen Archive sind, die die wesentlichen Überlieferungen des Staates, aber auch der Parteien und Massenorganisationen der DDR verwahren. Die spezifischen Blickwinkel, die sich in den Unterlagen der Parteien und Massenorganisationen, des Staatssicherheitsdienstes und weiterer staatlicher Stellen widerspiegeln, ergänzen sich gegenseitig. So entsteht ein facettenreiches und vollständigeres Bild der DDR. Der Leiter der

BStU-Außenstelle Chemnitz, Holm-Henning Freier, führte in das Thema des Abends ein und dankte den Diskutanten für die Bereitschaft, ihre Erinnerungen an die Wende miteinander auszutauschen. Dabei zitierte er aus verschiedenen zeitgenössischen Unterlagen der BStU-Außenstelle, womit die Situation im Oktober 1989 streiflichtartig wiedergegeben wurde.

Einstimmen auf das Thema sollte anschließend der Film „Der 7. Oktober in Karl-Marx-Stadt. Eine Spurensuche“. Die Arbeit, die 2012 mit dem 2. Preis des Chemnitzer Bürgerpreises ausgezeichnet wurde, hatten Jugendliche unter Verwendung von Filmaufnahmen des Staatssicherheitsdienstes und Zeitzeugeninterviews produziert.

Der Film bildete einen ausgezeichneten Hintergrund für die anschließende Diskussion, die von Dr. Christian Halbrock, BStU Berlin, mit einem Impulsreferat eingeleitet wurde. Er ging dabei besonders auf die damalige Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt und den bedeutenden Beitrag der Menschen dieser Region für die Wendebewegung ein, der nicht selten vor dem Hintergrund der Leipziger Montagsdemonstrationen ungerechtfertigt in deren Schatten gerät.

In der Podiumsdiskussion sollte besonders die Rolle der Kirchen in der Wende betrachtet werden. Entsprechend war auch die Zusammensetzung der Diskutanten gewählt. Neben Dr. Martin Böttger, Mitglied der kirchlichen

Friedensbewegung, Mitinitiator und Koordinator des Neuen Forums im Bezirk Karl-Marx-Stadt, zuletzt BStU-Außenstellenleiter in Chemnitz, nahmen Dr. Günther Bartsch, seinerzeit Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens und Sprecher des Neuen Forums im Bezirk Karl-Marx-Stadt, sowie Pfarrer Stephan Brenner auf dem Podium Platz.

In der Diskussion wurden die persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen aus dem zeitlichen Abstand heraus reflektiert und die damalige Stimmung, mit allen Ängsten und Hoffnungen, aber auch den Zielen und Wünschen, die die Menschen mit der Wende verbanden, nochmals verdeutlicht. Dankbarkeit und nachträglich auch Erleichterung über die friedliche und erfolgreiche Ablösung der SED-Diktatur schwebten in den Meinungen mit, die im Blick nach vorn mit dem Resümee endeten, dass es stets lohnt, sich für Demokratie und Freiheit zu engagieren. Gerade der jüngeren Generation müsse vermittelt werden, welche Entwicklungs- und Entfaltungschancen die freiheitlich-demokratische Ordnung bietet. Bedauert wurde allerdings, dass mit der Wiedervereinigung nicht noch mehr positive Erfahrungen aus der Wende in das vereinigte Deutschland eingebracht werden konnten.

An der Veranstaltung nahmen auch zahlreiche Zeitzeugen teil, die sich intensiv in die Diskussion einbrachten. Gegen Ende entrollte Dr. Klaus Herziger ein Transparent, das er für die Demonstrationen im Herbst 1989 gefertigt hatte, und überließ es schließlich zur dauernden Bewahrung dem Staatsarchiv Chemnitz. Das Transparent ist – ergänzt um erläuternde Angaben zu den Hintergründen und unmittelbaren Zusammenhängen, die damit verbunden sind – inzwischen in den Bestand 32885 Zeitgeschichtliche Sammlung des Staatsarchivs Chemnitz aufgenommen worden.

Unerwartet und erfreulich hoch war die Resonanz mit 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Inzwischen gibt es Überlegungen, weitere Veranstaltungen im Staatsarchiv Chemnitz durchzuführen. Derzeit finden Vorabsprachen für einen Vortragsabend im Juni statt.

Raymond Plache
(Staatsarchiv Chemnitz)



Podiumsdiskussion im Vortragssaal des Staatsarchivs Chemnitz (Foto Viola Dörffeldt)

Lagerorte auf Knopfdruck – Einführung des AUGIAS-Archiv-Magazinmoduls im Staatsarchiv Chemnitz

Die Neuunterbringung des Staatsarchivs Chemnitz bot Gelegenheit, auch Arbeitsprozesse aufgabenkritisch zu hinterfragen und effizienter zu gestalten. Im Sinne der Staatsmodernisierung und der E-Government-Strategie des Freistaats wurde diese Gelegenheit unter anderem mit der Neuorganisation der Magazinverwaltung im Staatsarchiv Chemnitz genutzt.

Nach eingehender Prüfung verschiedener Lösungsvarianten wurde 2011 beschlossen, statt der bisher genutzten, externen Lagerungsdatenbank die Lagerortsdaten in das Programm AUGIAS-Archiv zu integrieren. Diese Archivsoftware, die bislang vom Sächsischen Staatsarchiv nur bei der Erschließung des Archivgutes und der Verwaltung der Archivbenutzer eingesetzt wurde, verfügt zu diesem Zweck über ein entsprechendes Magazinverwaltungsmodul. Dessen Einführung im Staatsarchiv Chemnitz wurde als Pilotprojekt organisiert, um Erfahrungen zu sammeln, auf die bei der anschließenden Implementierung des AUGIAS-Magazinmoduls in allen anderen Abteilungen des Sächsischen Staatsarchivs zurückgegriffen werden kann. Das Sächsische Staatsarchiv strebt damit eine Verringerung des Arbeitsaufwands bei den Arbeitsprozessen im Magazin- und Benutzungsbereich an, womit die Folgen des Personalabbaus zumindest teilweise abgemildert und ein Beitrag zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit geleistet werden sollen.

Die Ausgangssituation im Staatsarchiv Chemnitz stellt sich wie folgt dar:

- geschätzte Gesamtzahl der vorhandenen Verzeichnungseinheiten ca. 1.048.000 bei einem Archivgutumfang (Stand: Mitte 2011) von 25.423 m Akten/Amtsbücher, 4.062 Urkunden, 180.922 Karten, Plänen und Zeichnungen sowie 312.212 Fotos
- Anzahl erfasster Verzeichnungseinheiten in AUGIAS-Archiv ca. 589.000

Bestandsnummer	Bestandsname	Signatur	Hauskurs	Saal/Fach
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0415 - 0484	Stac	015/002/001
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0485 - 0516	Stac	015/002/002
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0517 - 0550	Stac	015/002/003
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0551 - 0618	Stac	015/002/004
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0619 - 0661	Stac	015/002/005
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0662 - 0711	Stac	015/002/006
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0712 - 0733	Stac	015/002/007
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0734 - 0760	Stac	015/002/008
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0761 - 0801	Stac	015/002/009
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0802 - 0832	Stac	015/002/010
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0833 - 0879	Stac	015/002/011
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0880 - 0912	Stac	015/002/012
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0913 - 0945	Stac	015/002/013
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0946 - 0984/3	Stac	015/002/014
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0984/4 - 1010	Stac	015/002/015
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	1011 - 1042	Stac	015/002/016
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	1043 - 1061	Stac	015/003/011
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0001 - 0048	Stac	023/023/029
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0050 - 0119	Stac	023/023/030
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0120 - 0178	Stac	023/023/031
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0179 - 0253	Stac	023/023/032
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0254 - 0284	Stac	023/023/033
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0285 - 0320	Stac	023/023/034
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0321 - 0354	Stac	023/023/035
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	0355 - 0413	Stac	023/023/036
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 001/1-2	Stac	024/099/018
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 001/4	Stac	024/099/018
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 002/2	Stac	024/099/018
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 003/1 - K 009	Stac	024/099/018
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 010 - K 011	Stac	024/099/019
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 012/2-4	Stac	024/099/019
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 018/3	Stac	024/099/019
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 019/2/3	Stac	024/099/019
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 020/1-2	Stac	024/099/019
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 020/4-5	Stac	024/099/019
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 021/2	Stac	024/099/019
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 024/1	Stac	024/099/019
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 029/1	Stac	024/099/019
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 030/1	Stac	024/099/019
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 028/1	Stac	024/099/020
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 045/3	Stac	024/099/020
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 056/1-2	Stac	024/099/020
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 074/1	Stac	024/099/020
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 078	Stac	024/099/020
30415	Bezirksdirektion für Straßenwesen Karl-Marx-Stadt und Vorgänger	K 090	Stac	024/099/020

Lagerungsdatenbank für den bisherigen Standort Europark

- daraus resultierender geschätzter Erfassungsstand in AUGIAS-Archiv ca. 57%
- Anzahl erfasster Regalfächer in der Lagerungsdatenbank ca. 16.000

Grundlage für die Einbindung der Lagerortsverwaltung in AUGIAS-Archiv musste die Lagerungsdatenbank sein, da nur hier eine weitgehend vollständige Erfassung sämtlicher Archivalien vorlag. Der Erfassungsgrad in AUGIAS-Archiv war dafür nicht ausreichend. Nach damaliger Schätzung lagen für ca. 43% des Archivgutes nur analoge Findmittel vor, wie Findbücher, Findkarteien und Ablieferungslisten der abgebenden Einrichtungen. In der separaten Lagerungsdatenbank für den bisherigen Standort Europark waren die Archivalien für jeden Fachboden summarisch in Form von „Signaturfolgen“ erfasst. Außerdem erschien eine Aufbereitung der Daten außerhalb von AUGIAS-Archiv technisch flexibler

und damit besser geeignet für die verschiedenen, IT-gestützten Vorbereitungsarbeiten zur Implementierung in das Magazinverwaltungsmodul.

Mit dem Pilotprojekt sollten folgende Ziele erreicht werden:

- Der Lagerortsnachweis auf Fachebene hatte sich am alten Standort bewährt und soll deswegen als Grundlage für ein rasches und zielgenaues Auffinden der Archivalien beibehalten werden.
- Alle vorhandenen Archivalien sollen in der Archivsoftware AUGIAS-Archiv mit dem Lagerort am neuen Archivstandort nachgewiesen werden. Dies ist gleichbedeutend mit dem Wegfall der separat geführten Lagerungsdatenbank.
- Mit der Integration aller vorhandenen Archivalien in AUGIAS-Archiv wird die Möglichkeit zur Nutzung weiterer Funktionen von

AUGIAS-Archiv eröffnet, insbesondere der elektronischen Bestellung und des elektronischen Nachweises der vorgenommenen Aushebungen und Reponierungen.

- Erleichtert wird auch die Gewinnung von Daten für die Jahresstatistik.

Neben dem Staatsarchiv Chemnitz war an dem Projekt die Abteilung 1 – Zentrale Aufgaben, Grundsatz für die technische Absicherung, das Daten- und Vertragsmanagement und für die Klärung archivischer Grundsatzfragen beteiligt. Bei einzelnen Projektschritten konnte auf Dienstleistungspersonal zurückgegriffen werden. Programmierleistungen wurden bei den Firmen xima media GmbH, Dresden und AUGIAS-Data, Senden eingekauft.

Zwischen Februar 2012 und Mai 2013 war der Lesesaal des Staatsarchivs Chemnitz umzugsbedingt geschlossen. Dadurch konnte in begrenztem Umfang eigenes Personal für das Projekt und für weitere umzugsvorbereitende Arbeiten genutzt werden. Alle übrigen archivischen Aufgaben wurden während der Projektlauzeit in vollem Umfang wahrgenommen.

Zur Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen dem Staatsarchiv Chemnitz und Abteilung 1 dienten projektbegleitende Besprechungen. Im Staatsarchiv Chemnitz wurden allen Projektbeteiligten vor jedem neuen Projektschritt die Ziele, Aufgaben und Vorgehensweisen erläutert und die Beteiligten geschult. Die Arbeitsergebnisse sind regelmäßig stich-

Signaturenfolgen	Auflösung in Einzelsignaturen
Verfahren Jg. 1972 (002 – 217)	1-2-72, 1-3-72, 1-4-72, ... 1-217-72
IV Jg. 1947 Sign. 008 – 104	IV 8/47, IV 9/47, IV 10/47, ... IV 104/47
117a – 152	117a, 117b, 117c, 118, 119, 120, ... 152
25.1.025 – 064	25.1/25, 25.1/26, 25.1/27, ... 25.1/64
ZD 54/2964/01 – ZD 54/3028	ZD 54/2964/1, ZD 54/2964/2 ... ZD 54/2964/4, ZD 54/2965, ZD 54/2966, ... ZD 54/3028

Beispiele für nicht ohne zusätzliche Informationen aufzulösende Signaturfolgen

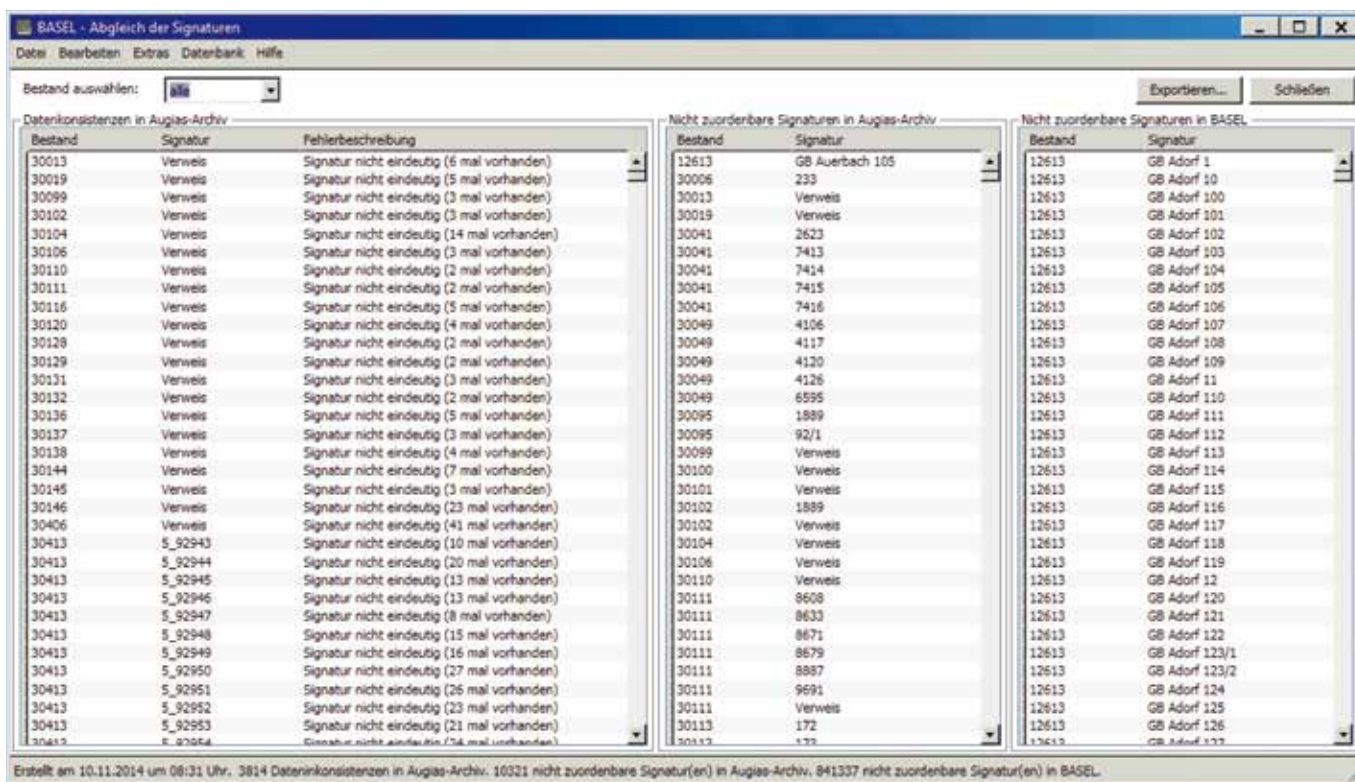
probenartig geprüft, bei Bedarf auf Besprechungen ausgewertet und erforderlichenfalls Anpassungen in der Arbeitsweise vorgenommen worden.

Im Blick auf die standortübergreifenden Auswirkungen des Projekts war ein behörden einheitliches Benennungsschema für die Lagerorte aller Abteilungen des Staatsarchivs abzustimmen.

Die einzelnen Projektschritte sollten durch ein elektronisches Bearbeitungswerkzeug unterstützt werden. Das Bearbeitungswerkzeug zum Auflösen der Signaturfolgen und Erfassen der Lagerorte (BASEL) stellte die mit der Programmierung beauftragte Firma xima media GmbH projektbegleitend bereit. Die Daten aus der vorhandenen Lagerungsdatenbank wurden nach BASEL importiert. BASEL diente bis zum Abschluss des Projektes als alleiniger, aktuell gehaltener Lagerortsnachweis.

Im ersten Teilprojekt waren die in der Lagerungsdatenbank des Altstandorts Europark abgebildeten Signaturfolgen der Regalfächer in Einzelsignaturen aufzulösen und dafür durch die jeweils Bestandsverantwortlichen für alle Bestände so genannte Auflösungsanweisungen zu formulieren, die im Anschluss von Zusatzpersonal mittels des Bearbeitungswerkzeugs BASEL umgesetzt wurden. Grundsätzlich sollten die Auflösungsanweisungen auf der Grundlage des Lagerortsnachweises erstellt, nur in begründeten Ausnahmefällen Findmittel beigezogen bzw. Unstimmigkeiten am Regal geklärt werden.

Danach wurden die in BASEL aufgelösten mit den in AUGIAS-Archiv enthaltenen Signaturen abgeglichen und dabei erkennbare Fehler – Dateninkonsistenzen (Mehrfachsignaturen, fehlende Einträge im Feld „laufende Nummer“), Signaturen in AUGIAS-Archiv ohne Entsprechung in BASEL sowie Signaturen in BASEL ohne Entsprechung in AUGIAS-Archiv – behoben. Die Änderungen nahm das Dienstleistungspersonal vor.



BASEL-Programmfunktion „Abgleich der Signaturen“

Parallel zum Umzug wurden die Lagerorte erfasst. Der Aufbau der Lagerortsstruktur und die Lagerorte waren zuvor durch Abteilung 1, Sachgebiet IuK, anhand der Regalpläne in BASEL hinterlegt worden. Dabei wurden die in BASEL hinterlegten Einzelsignaturen nach der Einlagerung des Archivgutes dem entsprechenden Fachboden zugeordnet und festgestellte Unstimmigkeiten und fehlende Einzelsignaturen in einer Excel-Liste erfasst. Die Fehlerliste konnte durch eigenes und Dienstleistungspersonal zeitnah bearbeitet werden. Insgesamt waren u.a. für 25 425 m Akten, 185 345 Karten und 7 863 Filme (Stand: Februar 2013) die Lagerorte zu erfassen. Dem schloss sich die Überprüfung der Signaturen an, für die kein Lagerort erfasst worden war. Umgesetzt wurde auch dieser Projektschritt mit Dienstleistungspersonal.

Abschließend mussten die Daten aus BASEL in das Archivprogramm AUGIAS-Archiv implementiert werden. Die Signaturen, die bislang in AUGIAS-Archiv noch nicht erfasst waren, erhielten beim Import automatisch den Standardtitel „Hilfsdatensatz für die Archivalienbestellung. Erschließungsinformationen befinden sich im konventionellen Findmittel bzw. in einer anderen Datenbank.“

Seit Ende November 2014 sind alle im Staatsarchiv Chemnitz vorhandenen Archivalien-signaturen in AUGIAS-Archiv verfügbar und stehen sowohl den internen Anwendern als auch den Benutzern zur Verfügung.

Im Verlauf des Pilotprojektes mussten verschiedene fachliche Festlegungen getroffen werden, um die für den Einsatz des Magazinverwaltungsmoduls erforderliche Datenqualität zu gewährleisten. So sind beispielsweise Doppel- oder Mehrfachsignaturen innerhalb eines Bestandes in jedem Fall zu vermeiden. Auch wurden Grundsätze zur Kennzeichnung von Fehlakten, zu Verweisen auf in anderen Beständen vorhandene Archivalieneinheiten, zu Lagerorten außerhalb des Staatsarchivs Chemnitz sowie zu Signaturen für Benutzerfilme und andere Benutzermedien z.T. neu definiert. Diese Festlegungen werden zurzeit evaluiert.

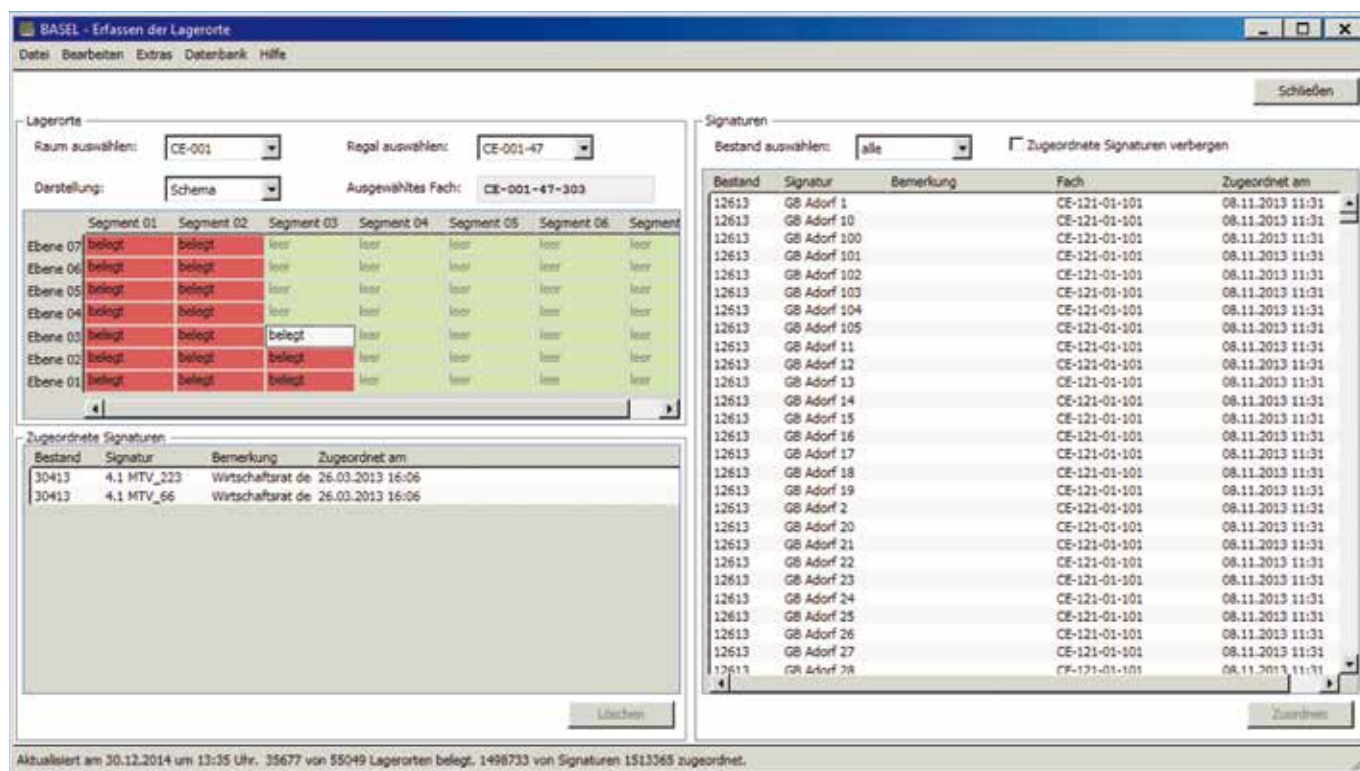
Die wichtigsten Ergebnisse des Projekts sind:

- Der fachweise Lagerortsnachweis ist im AUGIAS-Archiv-Magazinmodul abgebildet, womit das rasche und zielgenaue Auffinden der nunmehr konsequent formatgerecht gelagerten Archivalien gewährleistet ist.
- Alle vorhandenen Archivalien sind in der Archivsoftware AUGIAS-Archiv mit ihrem Lagerort ausgewiesen. Die Pflege einer separaten Lagerungsdatenbank ist nicht mehr erforderlich.
- Durch die automatische Ausgabe des Lagerortes auf den Bestellzetteln entfällt insbesondere die bisherige Lagerortssuche durch den Benutzerdienst. Handgeschriebene, unleserliche und fehlerhafte Signaturangaben der Benutzer gehören nun der Vergangenheit an.

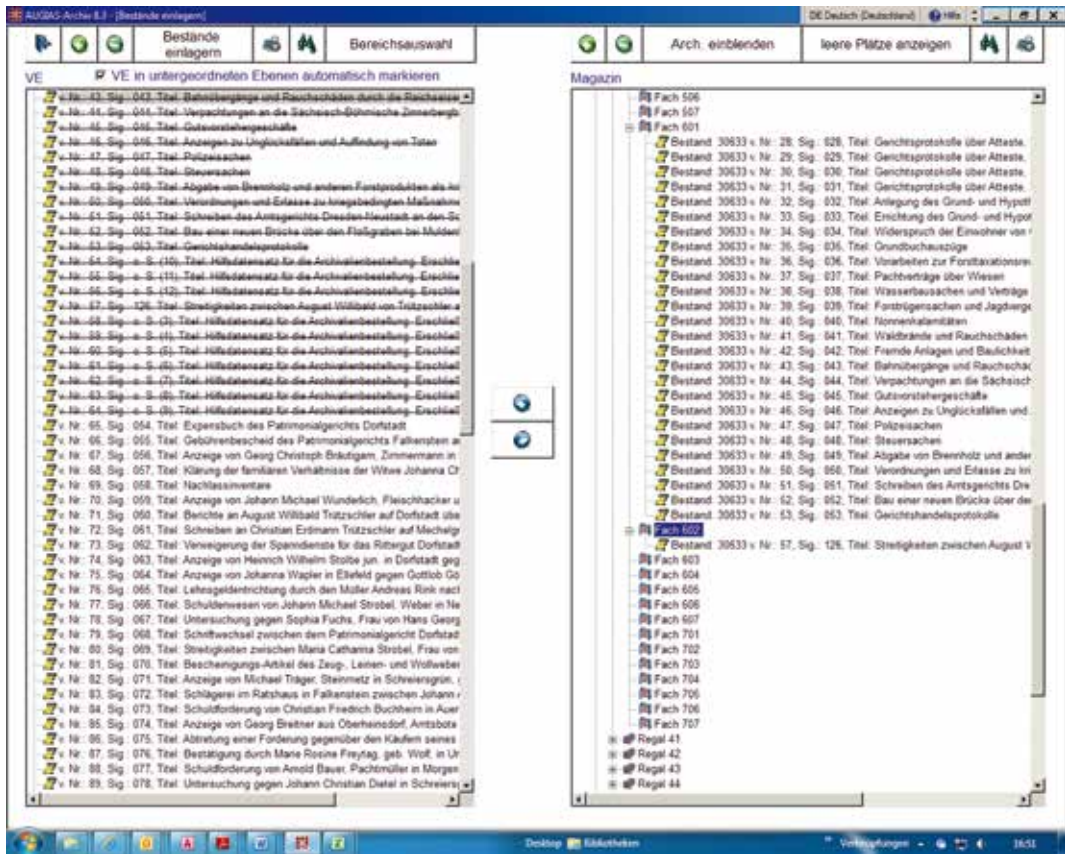
- Der Betrieb des AUGIAS-Archiv-Magazinmoduls ist die Grundlage zur Nutzung weiterer Programmfunktionen, insbesondere werden zusätzlich zur Anwesenheit der Benutzer auch die Aushebungen und Reponierungen elektronisch nachgewiesen. Die Erfassung erfolgt dabei datenschutzkonform.
- Die Datengewinnung für die Jahresstatistik wird künftig erleichtert.

Ein weiteres Ergebnis des Projektes ist, dass sowohl Datenfehler in AUGIAS-Archiv als auch Unstimmigkeiten und fachliche Mängel der Erschließung ermittelt, beschrieben und behoben werden konnten. Zugleich wurde das Verständnis für eine einheitliche und regelgeleitete Datenhaltung weiter vertieft. Konnten nicht alle im Projekt festgestellten Mängel an den Verzeichnungsdaten projektbegleitend abgestellt werden, erfolgt dieses nun kontinuierlich bei den laufenden Bearbeitungen.

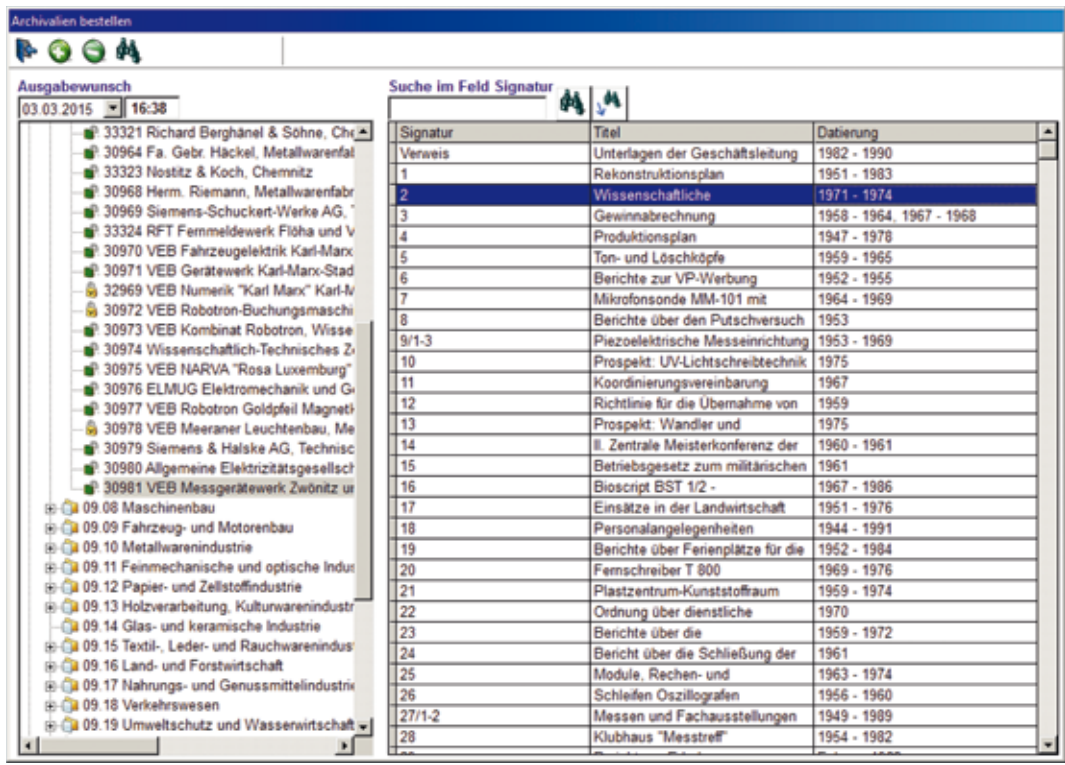
Nunmehr kann auch die Gesamtzahl der vorhandenen Verzeichnungseinheiten verlässlicher angegeben werden. Ein Vergleich des ursprünglichen Schätzwertes mit der Anzahl der importierten Datensätze zeigt, dass bislang deutlich zu niedrig geschätzt wurde. Mit Einsatz des Magazinverwaltungsmoduls wurde weiterführend im Lesesaal die elektronische Bestellung des Archivgutes durch die Benutzer eingeführt.



BASEL-Programmfunktion „Erfassen der Lagerorte“



Zuordnung der Verzeichniseinheiten zu den Lagerorten im AUGIAS-Magazinmodul



Direktbestellung im AUGIAS-Archiv-Benutzungsmodul

Bereits heute zeichnet sich ab, dass im Staatsarchiv Chemnitz nicht nur die Magazinverwaltung selbst, sondern auch die mit der Benutzung des Archivgutes verbundenen Tätigkeiten, wie das Bestellen sowie das Ausheben und Reponieren des Archivgutes, schneller und ökonomischer ablaufen. Dies ist ganz im Sinne sowohl der Benutzer, die rasch ihr Archivgut einsehen wollen, als auch des

Sächsischen Staatsarchivs, das für kundenfreundliche und moderne Verwaltung steht. Der mit der Einführung des AUGIAS-Archiv-Magazinmoduls verbundene Aufwand hat sich somit gelohnt. In den nächsten Jahren wird die Magazinverwaltung daher auch in den anderen Abteilungen des Sächsischen Staatsarchivs mittels AUGIAS-Archiv erfolgen. Zudem sind die Einbindung der Film- und

Schadensklassendatenbanken geplant, so dass in nicht allzu ferner Zukunft alle bestands- und archivalienrelevanten Informationen in einer integrierten Archivsoftware abgerufen werden können.

**Tobias Crabus/Yvonne Gerlach/
Raymond Plache
(Staatsarchiv Chemnitz)**

Wider besseres Wissen – Positionspapier des Umweltbundesamtes zur Archivierbarkeit von Recyclingpapier mit dem „Blauen Engel“

Nicht unerhebliche Verwirrung in Archiven wie in Bibliotheken ausgelöst hat das im Februar 2014 veröffentlichte Positionspapier des Umweltbundesamtes zum Thema der Archivierbarkeit von Recyclingpapieren, die mit dem Gütezeichen „Der Blaue Engel“ ausgestattet sind, weil sie nach DIN 6738 hergestellt werden.



Von solcherart zertifizierten Papieren wird in dieser Publikation behauptet, dass sie „die Erfüllung höchster Anforderungen an die Archivierbarkeit“ sichern und zugleich die Kreislaufwirtschaft fördern würden, während alterungsbeständiges Papier, das nach der Norm DIN EN ISO 9706 produziert wird, eine deutlich schlechtere Ökobilanz aufweise, ohne jedoch eine signifikant bessere Alterungsbeständigkeit zu besitzen. Damit, so die indirekte Schlussfolgerung, würde die Verwendung von nach DIN EN ISO 9706 hergestellten Papieren die aus Gründen eines effektiven Umweltschutzes so bedeutsame Kreislaufwirtschaft schädigen.

Weil dem so sei, so die Forderung des Umweltbundesamtes unter Verweis auf das aktuelle Maßnahmenprogramm „Nachhaltigkeit“ der derzeitigen Bundesregierung, seien in den öffentlichen Verwaltungen des Bundes, der Länder und der Kommunen in möglichst umfassender Weise nur noch Recyclingpapiere mit dem „Blauen Engel“ zu beschaffen und einzusetzen – und eben nicht das von Archiven empfohlene, nach DIN EN ISO 9706 hergestellte Papier.

Als Beweis wird das Testverfahren nach DIN 6738 angeführt und auf die Tatsache verwiesen, dass im „Umweltbundesamt [...] bereits seit den siebziger Jahren ausschließlich Recyclingpapier eingesetzt und archiviert“ wird. Das soll den Eindruck erwecken, dass die gelebte Praxis die Tauglichkeit des Recyclingpapiers längst bewiesen hat – während Archivare und Bibliothekare an einer seit Jahrzehnten international wie national vertretenen Argumentation festhalten, der zufolge allein nach DIN EN ISO 9706 produziertes Papier mit einem Lignin-Gehalt unterhalb der Wirkgrenze dauerhaft alterungsbeständig ist. Hierzu muss man wissen, dass Lignin dafür sorgt, dass Papier sehr schnell vergilbt, verbräunt und brüchig wird. Besonders an Zeitungs-

papier kann man das gut erkennen. Lignin löst unter Einfluss von Licht und Sauerstoff Säurefraß aus. Dieser führt letztlich zu einer kompletten Zerstörung der Papierstruktur. Aber bereits vergilbte Papiere erschweren durch den Kontrastverlust nicht nur Lesbarkeit und Digitalisierbarkeit sowie Mikroverfilmung, sondern sie besitzen eben auch eine geringere Alterungsbeständigkeit.

Dies aber bezweifelt das Umweltbundesamt mit dem Positionspapier vom Februar 2014 massiv, indem zunächst die Bedeutung von Lignin relativiert wird. Weiterhin wird unter Verweis auf eine kanadische Norm, „die nicht mehr den Ligningehalt begrenzt, um eine ausreichende mechanische Papierfestigkeit zu erzielen“, behauptet, dass „seit über 25 Jahren alle in Europa hergestellten Primär- und Sekundärfaserpapiere für Kopier- und Druck-

zwecke im neutralen oder alkalischen Bereich und mit einer ausreichenden alkalischen Reserve hergestellt“ werden.

Dies sei „ein geeignetes Mittel [...], saure Abbauprodukte und damit die Abnahme der mechanischen Papiereigenschaften zu verhindern“. Damit sei der Säurefraß ausgeschlossen, weil, und nun schließt sich der Argumentationskreis, durch Tests nach DIN 6738, die mit dem „Blauen Engel“ zertifizierte Papiere erfolgreich bestehen müssen, hinlänglich bewiesen sei, dass solche „Papiere, die die Kriterien der höchsten Lebensdauer-Klasse erfüllen, [...] als ‚alterungsbeständig‘ [gelten], da sie nach heutigem Erkenntnisstand bei schonender Behandlung und Lagerung voraussichtlich eine Lebensdauer haben, an die höchsten Anforderungen gestellt werden können“.



Papiermassbehandlungsanlage im Archivzentrum Hubertusburg des Sächsischen Staatsarchivs zur Bearbeitung von Archivgut in nassen Verfahren (Foto Bertram Bölkow)



Verbräuntes, am Rand bereits zerfallendes Papier in der Werkstatt des Archivzentrums Hubertusburg

Daher, so die Schlussfolgerung in diesem Positionspapier, sei die „Forderung nach der DIN EN ISO 9706 bei der Archivierung [...] nicht mehr sachgemäß. Für zu archivierendes Schriftgut hält das Umweltbundesamt die in der DIN 6738 formulierten Anforderungen an eine Lebensdauer, an die höchste Ansprüche gestellt werden können, [...] für eine gelungene Synthese zwischen berechtigten kulturpolitischen Zielen und Umweltschutzziele[n]“. Allerdings kann eine solche Argumentation nur unter vollständiger Missachtung wesentlicher, nachfolgend dargestellter Fakten geteilt und für zutreffend gehalten werden:

1. Zuerst einmal ist festzustellen, dass in der Norm die Alterungsbeständigkeit abhängig gemacht wird von einer schonenden Lagerung und Behandlung der Recyclingpapiere. Diese Einschränkung ist in keiner Weise praxisgerecht und trifft zumindest vor der Übernahme in die Archive nicht zu, denn in den öffentlichen Verwaltungen ist Papier ein Medium, auf dessen Behandlung keine besondere Sorgfalt verwandt wird.
2. Auch wenn die Bedeutung von Lignin in dem Positionspapier des Umweltbundesamtes wortreich und kunstfertig heruntergespielt wird, ist und bleibt es dennoch eine unumstößliche Tatsache, dass ein hoher Anteil oxidierbarer Stoffe im Papier – wie eben Lignin – durch Säurebildung langfristig auf jeden Fall zur Zerstörung der Papierstruktur führen wird. Daran ändert auch das Einbringen einer hohen alkalischen Reserve in Recyclingpapiere grundsätzlich nichts. Bestenfalls wird damit der fortschreitende, säurebedingte Zerfallsprozess verzögert.

3. Darüber hinaus ist die vermeintlich schlechtere Ökobilanz von nach DIN EN ISO 9706 produziertem Papier im Vergleich zu Recyclingpapier mit „Blauem Engel“ zu hinterfragen, denn ein weit verbreiteter Einsatz von letztlich doch nicht alterungsbeständigem Recyclingpapier in den öffentlichen Verwaltungen sowie beim Buchdruck führt in Archiven und Bibliotheken zu hohen technischen, organisatorischen und insbesondere zu finanziellen Folgeaufwendungen. Recycling- und andere, nicht alterungsbeständige Papiere müssen nämlich, bevor sie archiviert werden können, zunächst dafür ertüchtigt werden. Und dies geschieht durch Entsäuerung des Papiers, da nur so der Papierzerfall langfristig verhindert werden kann. Dies jedoch erfordert den Einsatz von Chemikalien und führt wiederum zu ökologischen Belastungen. Besonders die kostengünstigeren unter den Entsäuerungsverfahren benötigen große Mengen Lösungsmittel, wie Fluorkohlenwasserstoffe oder Heptan, deren Herstellung und Entsorgung in eine objektive Ökobilanz einzubeziehen wären.
4. Schlussendlich müssen Kosten für nach DIN EN ISO 9706 produzierte und mit dem „Blauen Engel“ zertifizierte Papiere genauer betrachtet werden. Dabei ist zunächst festzustellen, dass sich die Kosten für die Beschaffung alterungsbeständigen Papiers nach DIN EN ISO 9706 preislich kaum von der Beschaffung von Recyclingpapieren mit „Blauem Engel“ unterscheiden, die diese Norm nicht erfüllen. Rechnet man jedoch die – erst später, nach der Übernahme des behördlichen Schriftgutes in die Archive anfallenden – Kosten für die Entsäuerung hinzu, die für einen Meter Archivgut, je nach Auswahl

eines geeigneten Verfahrens, mit Summen zwischen 1000 € und 1300 € zu veranschlagen sind, wird schnell klar, dass der ohnehin nur geringe, komparative Kostenvorteil des Recyclingpapiers langfristig durch zusätzlich notwendig werdende Entsäuerungsmaßnahmen keinesfalls kompensiert wird, sondern dauerhaft den Mittelbedarf übersteigt, der für alterungsbeständiges Papier nach DIN EN ISO 9706 benötigt wird.

Die Zusammenschau vorgenannter Aspekte macht deutlich, dass ein umfassender Einsatz von Papier gemäß DIN 6738 in öffentlichen Verwaltungen keineswegs eine gelungene Synthese zwischen berechtigten kulturpolitischen Zielen und Umweltschutzziele[n] darstellt, sondern vielmehr zu einer dauerhaften Mehrbelastung der Kulturguthaushalte aufgrund der Notwendigkeit der nachträglichen Entsäuerung nicht alterungsbeständigen Papiers führt. Selbst bei Berücksichtigung der eher geringen Archivierungsquoten von Schriftgut der öffentlichen Verwaltungen gleicht die Beschaffung alterungsbeständiger Papiere die Kosten für spätere Entsäuerungen nicht alterungsbeständiger Papiere mehr als aus und bleibt damit wirtschaftlicher als eine umfassende Verwendung von Recyclingpapier – gegen dessen Verwendung in der öffentlichen Verwaltung im Übrigen weder aus archivfachlicher noch aus bibliothekarischer Sicht grundsätzliche Einwände erhoben werden, sofern die Anforderungen der DIN EN ISO 9706 eingehalten werden. Darauf hat mit einem gemeinsamen Positionspapier, das als Antwort auf das des Umweltbundesamtes zu verstehen ist, unter dem Titel „Nur Unterlagen auf Papier nach DIN EN ISO 9706 sind archivierungsfähig. Hinweise zur Beschaffung von Papier für die öffentliche Verwaltung“ die Konferenz der Archivreferentinnen und -referenten in Verbindung mit den Leiterinnen und Leitern der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (ARK) sowie der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag (BKK) im November 2014 hingewiesen. Darin werden neben den hier vorgetragenen Argumenten, die gegen einen Einsatz von bestimmten Recyclingpapieren in der öffentlichen Verwaltung sprechen, zusätzlich die Gründe erläutert, die bei Ausschreibungen zur Beschaffung von Recyclingpapier das vom Umweltbundesamt geforderte Umweltzeichen „Der Blaue Engel“ als Ausschlusskriterium benutzen. Das Positionspapier kann u.a. auf der Homepage des Sächsischen Staatsarchivs (<http://www.archiv.sachsen.de/8719.htm>) nachgelesen werden.

Thomas-Sergej Huck
(Archivzentrum Wermisdorf)

Bestandserhaltung im Staatsarchiv Chemnitz – Zusammenarbeit mit der Stadtmission Chemnitz

Eine der Kernaufgaben des Sächsischen Staatsarchivs ist es, das ihm anvertraute einmalige Kulturgut für kommende Generationen zu erhalten. Äußere Einflüsse wie Licht, mechanische Belastung oder rostende Metallteile beschleunigen den säure- und altersbedingten Zerfallsprozess des Archivgutes. Dies lässt sich durch vergleichsweise einfache, präventive, jedoch sehr zeit- und personalintensive Maßnahmen, u.a. durch Verpackung in säurefreie Kartonagen, verzögern. Bei der Durchführung dieses konservatorischen Grundschutzes werden neue Wege beschritten: Seit einigen Jahren unterstützen Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen das Sächsische Staatsarchiv bei dieser Aufgabe.

Die Standorte Wermisdorf, Freiberg, Leipzig und Chemnitz arbeiten dabei mit verschiedenen Trägern von Werkstätten für behinderte Menschen zusammen. Seit 16. Juni 2014 verpacken im Staatsarchiv Chemnitz Angehörige einer Behindertenwerkstatt der Stadtmission Chemnitz im Rahmen eines sog. Außenarbeitsgruppenprojektes Schriftgut in säurefreie Archivmappen und Kartonagen nach DIN EN ISO 9706 bzw. 6588. Zu den Aufgaben gehört auch das Aufbringen von Papieretiketten unter Verwendung von langzeitstabilem Leim.

Von der bewährten Zusammenarbeit profitieren beide Institutionen menschlich wie wirtschaftlich: Den Mitarbeitern der Werkstätten gelingt der Schritt in die „normale“ Arbeitswelt, das Staatsarchiv gewinnt zuverlässige und motivierte Arbeitskräfte zur Unterstützung dringend erforderlicher Aufgaben der Bestandserhaltung.

Allein seit der Mitte des vergangenen Jahres konnten im Staatsarchiv Chemnitz Akten im Gesamtumfang von knapp 600 m bearbeitet werden.

In den nächsten Jahren stehen hier noch etwa 3,5 km Akten zur Umverpackung an. Anschließend sind noch etwa 190 000 Karten, Pläne und Zeichnungen sachgerecht zu verpacken. Damit wäre dann eine der wichtigsten bestandserhalterischen Maßnahmen zur Aufarbeitung von Rückständen in Chemnitz abgeschlossen.

Aus der Sicht der Außenarbeitsgruppe stellt sich die Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Chemnitz folgendermaßen dar:

Betreut wird die Arbeitsgruppe von Katja Gehmlich, die seit 1998 Gruppenleiterin in den Partner-Werkstätten der Stadtmission Chemnitz ist. Die Stadtmission Chemnitz unterhält an den Standorten in Burgstädt und Chemnitz Werkstätten, in denen insgesamt 439 Mitarbeiter mit geistiger, psychischer und körperlicher Behinderung beschäftigt sind. In Chemnitz arbeiten derzeit 254 Werkstattmitarbeiter. Angegliedert an die Werkstatt ist auch ein Förder- und Betreuungsbereich, in dem schwerstmehrfachbehinderte Menschen betreut werden. Außerdem gibt es mehrere Außenarbeitsgruppen, z.B. im VW Motorenwerk oder in Altenheimen der Stadtmission. Von Vorteil ist, dass die Gruppenleiterin neben

einer Ausbildung als Ergotherapeutin auch über einen Abschluss als Bibliotheksassistentin verfügt. Das Bibliothekswesen ist dem Archivwesen in vielen Bereichen ähnlich.

Das Projekt begann mit zunächst drei Mitarbeitern und der Gruppenleiterin. Die Anfangs-Anlernphase war schwieriger als angenommen. Besonders das bedarfsgerechte Falten der Dreiklappmappen bereitete größere Probleme. Durch den Vorrichtungsbau der Werkstatt wurden Hilfsmittel angefertigt, die die Falzarbeit wesentlich erleichtern. Nachdem mehrere Mitarbeiter aus der Werkstatt probeweise im Archiv tätig waren, hat sich inzwischen eine feste Gruppe von fünf geeigneten Mitarbeitern herausgebildet, die ständig von der Gruppenleiterin begleitet werden. Die Gruppe wird zudem einmal wöchentlich von einer Sozialarbeiterin aus der Werkstatt besucht.



Mitarbeiter der Stadtmission Chemnitz bei der arbeitsteiligen Neuverpackung von Aktenbeständen (Foto Katja Gehmlich)



Einlagerung der Akten nach der Verpackung



Transport verpackter Akten in das Magazin (Fotos Veikko Thiele)

Die Mitarbeiter waren vor allem von dem ruhigen Arbeitsumfeld angetan. In der Werkstatt mit entsprechend hoher Mitarbeiterzahl herrschte immer ein gewisser Geräuschpegel, der von Gesprächen, Werkzeugbenutzung, einer Kabelschneidemaschine und Transportgeräten hervorgerufen wird. In der Montagehalle, in der die Mitarbeiter zuvor gearbeitet haben, sind insgesamt 80 Mitarbeiter beschäftigt. In den ersten Tagen im Archiv hatten die Mitarbeiter manchmal den Eindruck, dass keiner da ist, weil alle ruhig und konzentriert in ihren Büros arbeiten. Die gesamte Gruppe genießt diese Arbeitsatmosphäre sehr, auch die Ruhe in den Pausen und vor allem bei den Mahlzeiten.

Die Arbeit ist so gegliedert, dass zwei Personen die Dreiklappmappen falten, eine Person die Akten vorbereitet (Verschnürungen aufschneiden, Büroklammern und Aktendullis entfernen usw.) und zwei Personen die Akten neu verpacken. Je nach Bestand – soweit viele Büroklammern zwingend zu entfernen sind – bereiten auch zwei Mitarbeiter die Akten vor. Die Mitarbeiter sind so angeleitet, dass jeder

jeden Arbeitsschritt beherrscht und flexibel an jedem Arbeitsplatz eingesetzt werden kann. Außerdem werden täglich in einem Rotationsprinzip die Arbeitsplätze gewechselt. Die Aufgaben der Gruppenleiterin umfassen das Auspacken der Akten und die Kontrolle, ob alle Akten, deren Nummern auf den alten Kartons stehen, auch in diesen enthalten waren sowie die Computerarbeiten, wie z. B. das Eingeben der Nummern für die Etiketten der neu verpackten Akten und die neuen Kartons. Außerdem ist die Verpackungsarbeit gegebenenfalls mit den Findbüchern abzugleichen: Aktenteilungen sind im Findbuch zu kennzeichnen, fehlende Akten und wiederaufgefundene Akten zu dokumentieren, letztere den zuständigen Facharchivaren zum Verzeichnen zu übergeben. Daneben begleiten ständige Kontrollen die Arbeitsschritte, besonders bei den Mitarbeitern, die neu verpacken und Material besorgen. Auch gilt es, Arbeitsabläufe zu optimieren und bei Fragen die Facharchivare oder den Magazinmeister zu kontaktieren.

Am Anfang war allen nicht so bewusst, dass es gerade geistig behinderten Mitarbeitern

schwerfällt, sich einen ganzen Arbeitstag lang auf das korrekte Verpacken zu konzentrieren. Spätestens nach dem Mittagessen müssen deshalb die Tätigkeiten gewechselt werden. Das war im Vergleich zur Arbeit in der Werkstatt neu. Viele Gruppen verrichten dort seit Jahren die gleiche Arbeit mit wiederkehrenden Arbeitsabläufen. Die Handgriffe werden dort auch ohne große Überlegungen beherrscht. Im Archiv jedoch sind verschiedene Bestände mit wechselnden Nummern, fehlenden Akten und unterschiedlichen „Formaten“ zu bearbeiten. Für einen Menschen mit geistiger Behinderung ist es eine große Leistung, sich jeden Tag auf die sich ändernden Gegebenheiten einzustellen. Mittlerweile sind alle im Archiv tätigen Mitarbeiter so eingearbeitet, dass die Arbeit in der Regel konzentriert bewältigt wird. Sowohl die Archivmitarbeiter als auch die Werkstattmitarbeiter möchten die Zusammenarbeit nicht mehr missen.

**Tobias Crabus/Katja Gehmlich
(Staatsarchiv Chemnitz/
Stadtmission Chemnitz e.V.)**

Sächsisches Berg- und Hüttenwesen digital

Im Herbst 2013 begann die Universitätsbibliothek Freiberg (UB Freiberg) mit dem Aufbau einer Digitalen Bibliothek, deren Schwerpunkt vorerst, und damit der bergakademischen Tradition folgend, das sächsische Montanwesen ist. Passend zum Thema des Wissenschaftsjahres 2014 „Die Digitale Gesellschaft“ werden hier künftig besonders wichtige, bislang schwer zugängliche oder noch unveröffentlichte Bestände strukturiert und in einer nutzerfreundlichen Oberfläche der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Mit dem Know-How der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) sowie der Möglichkeit, deren Entwicklungen und Infrastruktur mit zu nutzen, konnte das Projekt in relativ kurzer Zeit realisiert werden. Für die Digitalisierung und Präsentation der Freiburger Bestände wird die Open-Source-Software Goobi genutzt.

Mit dem „Kalender für den sächsischen Berg- und Hüttenmann“ wurde die erste periodische Veröffentlichung auf dem Gebiet des sächsischen Montanwesens nun auch als erste digitale Kollektion der TU Bergakademie online gestellt. 118 Bände mit den wichtigsten statistischen Angaben zum sächsischen Montanwesen der Jahre 1825 (Jahrgang 1827) bis 1938 werden in einer ergonomisch gestalteten Oberfläche im Volltext angeboten. Auf digital.ub.tu-freiberg.de wurde in Anlehnung an die Digitalen Sammlungen der SLUB mit der Typo3-Erweiterung Goobi.Presentation ein Portal geschaffen, dessen Design am Webaufttritt der UB Freiberg und ihrem Katalog orientiert ist. Bei der Navigation auf wiederkehrende Seitenelemente wird dem Nutzer das Navigieren durch neue Inhalte erleichtert.

Über die Kollektionsseite – dem Foyer der Digitalen Bibliothek der UB Freiberg – gelangt man zu den einzelnen Scans. Mit Hilfe von ausklappbaren Infoboxen an den einzelnen Kollektionen sowie einem auffällig gestalteten und bereits vom Katalog der UB Freiberg bekannten orangenen Suchschlitz, bekommt der Nutzer potente Werkzeuge an die Hand, die ihn bei der Recherche unterstützen. Auch die Angebote auf der Detailseite, welche von Elementen des Corporate Design der TU Bergakademie Freiberg sowie den markanten orangenen Bedienelementen dominiert werden, sind mit dem Hauptaugenmerk einer vernünftigen Nutzbarkeit konzipiert worden. So kann der Nutzer jederzeit bequem durch die Digitalisate browsen, blättern oder zoomen. Optional lassen sich einzelne Seiten oder komplette Werke herunterladen.

Möglich wird das durch eine besondere Lizenzierung. Alle digitalen Objekte unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (CC0), das bedeutet, eine freie Verwendung jedes Digitalisates ist explizit erlaubt. Damit ist jederzeit und ortsunabhängig der Zugang zu diesen Primärquellen möglich. Das ist eine wesentliche Teilnahmebedingung für die Deutsche Digitale Bibliothek. Goobi.Presentation bietet dafür eine standardisierte Schnittstelle für die internationale Suche und Lesbarkeit von digitalen Metadaten. Auf diese Weise soll bald auch die für das wissenschaftliche und kulturelle Erbe Europas eingerichtete virtuelle Bibliothek „Europeana“ von Freiberg aus bestückt werden.

Der „Kalender für den sächsischen Berg- und Hüttenmann“ ab 1873, unter dem Titel „Jahrbuch für das sächsische Berg- und Hütten-

wesen“ erschienen, war 2013 der Beginn der Digitalen Bibliothek der UB Freiberg. Es folgte 2014 die Kollektion von 220 sächsischen Grubenrissen. Die Daten hierfür waren bereits im Rahmen eines DFG-Projektes im Kartenforum der Deutschen Fotothek veröffentlicht worden. Sie mussten nun nur noch in die neue Oberfläche der eigenen digitalen Sammlungen migriert werden. Im selben Jahr folgten noch die Kollektion der „Leupold-Sammlung“, ein Konvolut von 64 montanhistorischen Maschinenbau-Zeichnungen, und der historische Bergaufzug im Plaunschen Grund bei Freital anlässlich der Vermählung des Kurprinzen Friedrich August (später August III.) mit der österreichischen Kaisertochter Erzherzogin Maria Josepha im September 1719. Das Saturnfest vom 26. September 1719 ist in die Geschichte des Bergbaus als hervorragendes Beispiel für das Streben nach Repräsentation und Prachtentfaltung in der Zeit des Absolutismus eingegangen. Alle 101 Bilder des 38,40 m langen Frieses sind damit zugänglich.

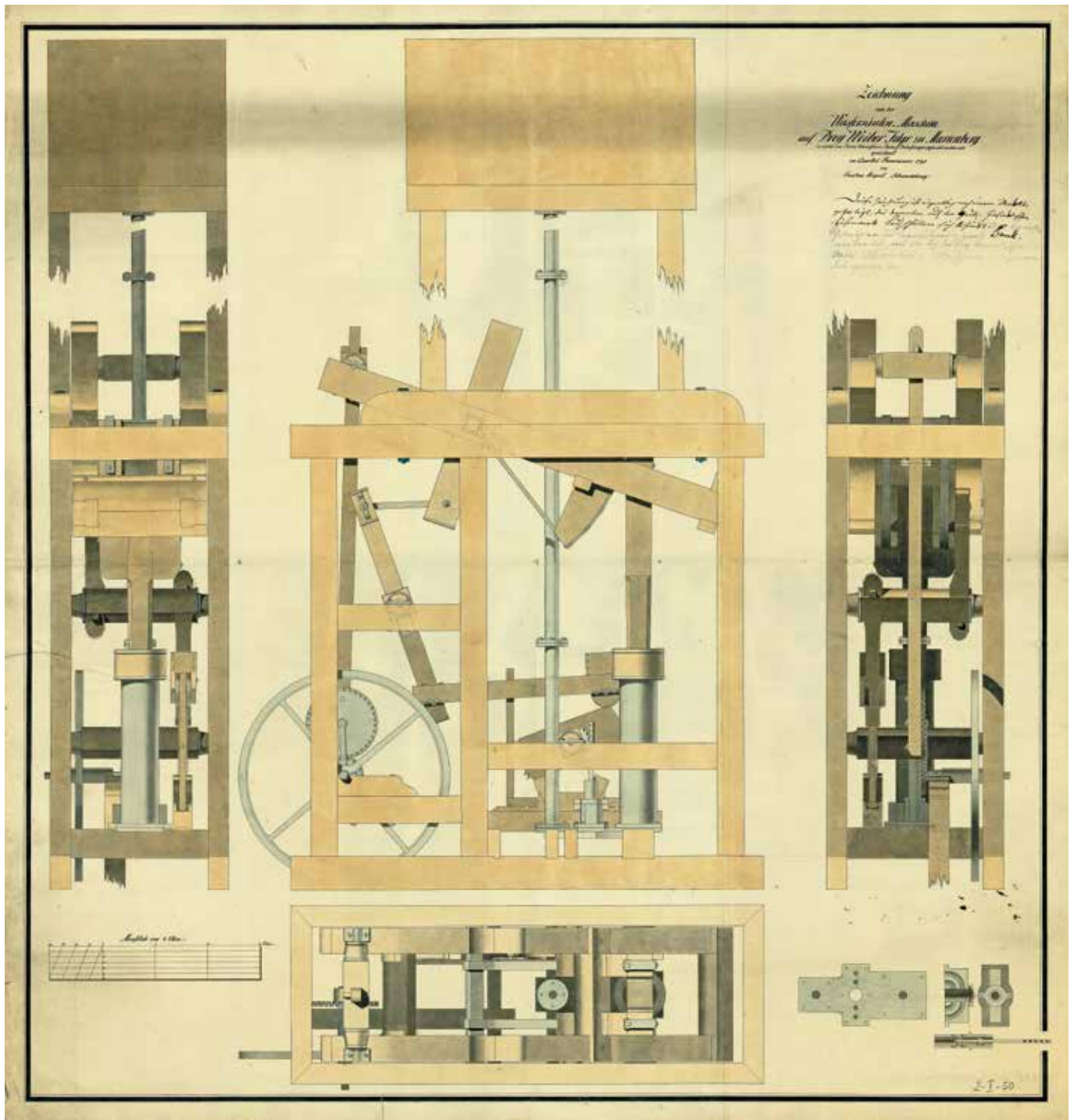
2015 wird sich die UB Freiberg bei der Bearbeitung weiterer digitaler Kollektionen den noch schwer zugänglichen unikalen Beständen, z. B. den Handschriften, widmen. Dazu zählt u. a. die Sammlung von ca. 700 montanhistorischen Manuskripten aus dem 15.–19. Jahrhundert. Für einen Teilbestand dieser Sammlung – die Europäischen Bergordnungen – sind die ersten Vorarbeiten (Digitalisierung) bereits abgeschlossen, so dass bis Jahresende etwa 100 Bergordnungen für Forschungszwecke zur Verfügung stehen.

Anlässlich des 250. Gründungsjubiläums der Alma Mater Freibergensis in diesem Jahr wird derzeit ein montanhistorisches Portal aufgebaut. Neben historischen Aufsätzen zur sächsischen Bergbau- und Hüttengeschichte, darunter bislang unveröffentlichte Arbeiten, werden hier auch aktuelle Publikationen digital und im Volltext frei zur Verfügung gestellt. Durch die kontinuierliche Erweiterung des Bestands soll das Montanportal der TU Freiberg zu einer entscheidenden Quelle der nationalen und internationalen montanhistorischen Forschung heranwachsen. Derzeit sind 62 Dokumente über das Portal nutzbar.

Eine weitere wissenschaftshistorisch interessante Kollektion sind die Briefe an den Geologen und Mineralogen Abraham Gottlob Werner (1749–1817). Zu den 250 Korrespon-



<http://digital.ub.tu-freiberg.de>



Schwamkrug, Christian August, Zeichnung von der Wassersäulen-Maschine auf Drey Weiber Fdgr. zu Marienberg: in welcher von Herrn Obereinfahrer Baldauf Verbesserungen angebracht worden sind, Marienberg, 1795

denzpartnern des wohl bedeutendsten Lehrers aus der Gründungszeit der Bergakademie gehören u. a. der Naturwissenschaftler Alexander Freiherr von Humboldt, die Mineralogen Dietrich Ludwig Gustav Karsten, Carl Friedrich Mohs, Leopold Freiherr von Buch, Karl Friedrich Naumann, Friedrich August Breithaupt, der Paläontologe Ernst Friedrich Freiherr von Schlotheim, der Physiker Ferdinand Reich oder die Dichter Georg Philipp Friedrich Freiherr von Hardenberg (Novalis) und Karl Theodor Körner oder die Brüder Fausto und Juan d'Elhuyar, die nach Freiburger Vorbild das

Collegio de Mineria (Bergakademie) in Mexico City gründeten. Es ist vorgesehen, bis zum 200. Todestag Werners eine hybride Briefedition zu erstellen. Dazu sollen alle 734 Briefe an Werner und etwa 80 Briefe von Werner erstmals vollständig transkribiert und inhaltlich erschlossen werden. Damit erfüllt die UB Freiberg eine seit Jahren auch international gestellte Forderung. Die digitale Bereitstellung der Werner-Briefe (einschließlich einer Transkription) wird der geohistorischen Forschung neue Erkenntnisse zur Entwicklung der Geologie und Mineralogie in der Zeit der Aufklä-

rung bringen. Die ersten 34 Briefe stehen als digitale Ressource zur allgemeinen Verfügung.

Mit dem Aufbau und der Pflege der verschiedenen Kollektionen innerhalb der Digitalen Bibliothek leistet die Universitätsbibliothek Freiberg einen wesentlichen Beitrag zur besseren Verfügbarkeit schwer zugänglicher Informationsressourcen.

**Angela Kugler-Kießling/Oliver Löwe
(Universitätsbibliothek Freiberg)**

Workshop des Landesverbandes Sachsen im VdA „Auf dem Weg ins Archivportal-D“

Am Mittwoch, dem 15. Oktober 2014, trafen sich 14 Mitglieder des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. aus Sachsen und aus Sachsen-Anhalt im Sächsischen Staatsarchiv am Standort Dresden, um sich intensiv über die Teilnahme am Archivportal-D zu informieren. In Fortsetzung zum ersten Workshop im Oktober 2013, der einer einführenden Information zum Archivportal-D und zum Archivportal Europa diente, war nun nach der Freischaltung des deutschen Archivportals eine Präsentation „am offenen Herzen“ möglich. Da der Weg in das Archivportal Europa für deutsche Archive in jedem Fall über das Archivportal-D führen sollte, stand ausschließlich dieses Portal im Blickpunkt. Wie wichtig den Archivaren das Mitmachen am Portal ist, zeigte die fast vollständige Anwesenheit der angemeldeten Kollegen, die durch den Streik der Lokführer für einige sehr beschwerlich war. Diesem Umstand war auch geschuldet, dass einer der eingeplanten Referenten, Martin Reisacher von der Fachstelle Archiv der Deutschen Digitalen Bibliothek, seinen weiten Weg aus dem Landesarchiv Baden-Württemberg nicht antreten konnte. Nun oblag es Dr. Nils Brübach, der als Vertreter des Sächsischen Staatsarchivs am Aufbau des Archivportals-D mitgearbeitet hat und über ein umfangreiches Wissen dazu verfügt, die vorgesehenen Inhalte alleine zu vermitteln. Zur Einstimmung zeigte Dr. Brübach die Suchfunktionen und den hierarchischen Aufbau des Portals und ging dabei besonders auf die Sicht des Nutzers ein. Damit dieser die von den Archiven angebotenen Informationen auch tatsächlich findet und richtig einordnen kann, muss durch die Archive u. a. auf eine sinnvolle



Positionierung der Angaben geachtet werden. Anschließend ging er auf die notwendigen Schritte der Registrierung ein. Besonders besprochen wurden der Contentfragebogen zur Erfassung der zu liefernden Datenmengen und die Angaben zur Lizenzierung. Erläuterungen zur notwendigen Vereinheitlichung bei der archivischen Erschließung und der Nutzung von Standards, dabei insbesondere von EAD(DDB), rundeten den Vormittag ab. Nach dem Mittag ging es dann ganz konkret um den Weg der Erschließungsdaten in das Portal, wobei sich der Referent auf die Übertragung von Daten aus AUGIAS konzentrierte, da dieses von den Teilnehmern mehrheitlich

als Erschließungsprogramm benutzt wird. Am Beispiel der Daten des Sächsischen Staatsarchivs zeigte Dr. Brübach die Vorgehensweise beim konzeptionellen Mapping, was durch jedes Archiv anhand der verwendeten Erschließungsmasken selbst vorgenommen werden muss. Die Teilnehmer fühlten sich nach den Ausführungen für diese einmalig zu leistende Zuordnung der Erschließungsangaben zu den EAD-Tags gut gerüstet. Mit diesem Wissen ausgestattet sollte es für alle Teilnehmer nun möglich sein, die Registrierung voranzutreiben bzw. abzuschließen und mit einer Testdatenerlieferung zu beginnen. Der Landesverband hat sich zum Ziel gesetzt, diese Bemühungen weiter zu begleiten und zu unterstützen. In diesem Sinne räumte der Landesverband den Trägern des DFG-Projektes zum Aufbau des Archivportals-D die Möglichkeit ein, sich im Rahmen des Sächsischen Archivtages am 26./27. März 2015 in Chemnitz mit einem Stand zu präsentieren, an dem insbesondere Fragen zum Datenmapping beantwortet wurden. Der Landesverband bedankt sich bei den Projektpartnern für die breite Unterstützung und beim Sächsischen Staatsarchiv für die Gastfreundschaft im Rahmen des Workshops.

Grit Richter-Laugwitz
(Vorsitzende des Landesverbandes
Sachsen im VdA)



Fotos Grit Richter-Laugwitz

Rezensionen

**Matthias Donath, Rotgrüne Löwen.
Die Familie von Schönberg in Sachsen
(Adel in Sachsen, Bd. 4), Meißen 2014,
640 S., 150 Abb.**

Sachsen besaß eine der vielfältigsten und interessantesten Adelslandschaften im alten Reich. Noch Mitte der 1990er Jahre benannte Wieland Held, der leider viel zu früh verstorbene Initiator der sächsischen Adelsforschung nach der politischen Wende im Osten Deutschlands, in seinem Vortrag auf der ersten Weesensteiner Tagung die eklatanten Defizite, die bei der Erforschung der Geschichte des sächsischen Adels bestanden. Seitdem wurden beachtliche Fortschritte erzielt. Verwiesen sei an dieser Stelle nur auf die Tagungen zu einzelnen sächsischen Adelsfamilien, so zu den von Einsiedel und zu den von Schönberg im Sächsischen Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, deren Anregungen und Erkenntnisse sich auch in gedruckter Form niederschlugen.

Es ist der Initiative des von Schönberg'schen Familienverbandes und dem bekannten und angesehenen Kenner der mitteldeutschen Adelslandschaft Dr. Matthias Donath zu verdanken, dass nunmehr eine umfangreiche, vielschichtige und detailreiche Monographie zu einem der bedeutendsten sächsischen Adelsgeschlechter, der Familie von Schönberg, vorliegt.

Grundlage der Arbeit war die „Geschichte des Geschlechtes von Schönberg meissnischen Stammes“ von Albert Fraustadt. Diese Arbeit spiegelt den Wissensstand und die Forschungsansätze der Mitte des 19. Jahrhunderts wider und ist deshalb heute nur noch eingeschränkt von Nutzen, bedurfte also dringend einer Überarbeitung und Fortsetzung. Das Werk wird häufig für die biographischen Daten der Familienmitglieder der Zeit vor 1800 als Quelle genutzt. Doch Matthias Donath geht weit darüber hinaus. Durch die Auswertung zahlreichen Archivmaterials ist es ihm gelungen, ein facettenreiches Bild dieser Adelsfamilie zu zeichnen. Mit Band 4 der Reihe „Adel in Sachsen“ (Hrsg. von Matthias Donath und Lars-Arne Dannenberg) legt er keine Aufreihung einzelner Biographien vor, sondern stellt als moderner Historiker die Familie in ihr historisches, gesellschaftliches, soziales und familiäres Umfeld. Das Buch besteht aus zehn Hauptkapiteln: Geschlecht und Tradition,



Leben und Sterben, Hab und Gut, Haus und Hof, Gott und die Welt, Amt und Würden, In- und Ausland, Krieg und Frieden, Reformen und Revolutionen sowie Ende und Neuanfang, die jeweils zahlreiche Unterkapitel haben. Auch wenn die Geschichte der Familie vom „sagenhaften Ursprung“ bis zur Gegenwart in ihrer Gesamtheit behandelt wird, liegt der Schwerpunkt der Arbeit im 19. und 20. Jahrhundert. Hier erfährt der Leser aus detailreicher Darstellung und Erläuterung sehr viel Neues, so etwa über die zahlreichen Familienfideikomnisse und -stiftungen und über das Verhältnis einzelner Familienmitglieder zur Novemberrevolution, zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus. Berührend sind die Schicksale mancher Angehöriger der Familie bei Kriegsende, Schicksale, die sie mit vielen Deutschen teilten, als 1945 Krieg und Zerstörung in ihr Ursprungsland zurückkehrten. Ausführlich wird auf die Zeit nach 1945 eingegangen, auf das Leben in der alten Bundesrepublik und die Rückkehr nach Sachsen nach der Wiedervereinigung. Immer wieder wird dabei erkennbar, dass die Familie von Schönberg innerhalb der sächsischen Adelslandschaft eine Sonderstellung einnimmt. Ein besonders positives Beispiel dafür ist die Gründung der Schönberg'schen Stiftung im Jahr 2001, die die Sicherung, Bewahrung und öffentliche Präsentation der stiftungseigenen Kulturgüter zum Ziel hat.

Nicht nur einzelne Persönlichkeiten der Familie in ihrem politischen und gesellschaftlichen Wirken beachtet der Autor, er widmet sich auch dem Familienalltag. Das Kapitel Leben und Sterben beschreibt an Hand zahlreicher Beispiele das Leben von der Taufe bis zur Beisetzung und darüber hinaus Entstehung und Verbreitung gedruckter Leichenpredigten und die Errichtung von Grabdenkmälern durch die Hinterbliebenen. Auch im Kapitel Haus und Hof kann man viel Interessantes, aber auch Unterhaltsames aus dem Alltag erfahren.

Ausführlich geht der Autor auf die wirtschaftlichen Grundlagen der Familie ein, d. h. vor allem auf den Rittergutsbesitz und die

daraus sich ergebenden Beziehungen zu den Untertanen. Mit der Erforschung des Rittergutsbesitzes derer von Schönberg setzt Matthias Donath Maßstäbe. Eine Aufstellung im Anhang listet insgesamt 269 Ritter-, Frei- und Hammergüter auf, die sich bis 1945 für einen längeren oder kürzeren Zeitraum im Besitz von Mitgliedern der Familie befanden. Nicht nur die Zahl der Güter ist bemerkenswert, sondern auch die Leistung, diese zu ermitteln.

Die Detailkenntnis des Autors vor allem für die Zeit ab etwa 1800 ist beeindruckend und wird sicher so bald nicht wieder erreicht. Der Faktenreichtum könnte allerdings in der vorgelegten Form manchen Leser überfordern. Er könnte das Buch dann vor allem als Nachschlagewerk für bestimmte Einzelfakten nutzen und dabei wichtige Ergebnisse der Arbeit übersehen: etwa die Wechselwirkung zwischen Familiengeschichte und Landesgeschichte oder die Beobachtung, dass der Zusammenhalt der „Gesamtfamilie“ immer wieder erneuert und in jeweils moderner Form reorganisiert wurde. Vielleicht hätte man manches in Tabellenform komprimieren können. Auch wäre eine verallgemeinernde Zusammenfassung einzelner Abschnitte sicher hilfreich gewesen.

Die Familie von Schönberg hat eine beeindruckende Geschichte. Sie hat in ferner und jüngerer Vergangenheit Persönlichkeiten hervorgebracht, die für Sachsen viel geleistet haben und dies auch heute noch tun. Der Autor hat sich ihr mit verständlicher Sympathie gewidmet. Dennoch wünschte sich der Rezensent, dass er zu seinem Forschungsgegenstand etwas mehr Distanz hielte. So wäre zum Beispiel an mancher Stelle ein Hinweis darauf angebracht, dass Lebenserinnerungen immer subjektiv sind und nicht in jedem Fall mit den Tatsachen übereinstimmen.

Abschließend kann man feststellen, dass Matthias Donath mit „Rotgrüne Löwen“ eine Arbeit vorgelegt hat, die Historikern und Archivaren, aber auch interessierten Laien, die sich mit der Familie von Schönberg, mit dem sächsischen Adel oder allgemein mit heimatgeschichtlichen Themen des 19., 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts beschäftigen, von größtem Nutzen sein wird.

**Jens Kunze
(Staatsarchiv Leipzig)**

**Elke Schulze, Erich Ohser alias
e. o. plauen, Konstanz 2014**

Wer kennt sie nicht, die beiden Zeichenfiguren „Vater und Sohn“. Der Junge klein, fast zart noch mit stets wuscheligem Haar neben seinem äußerlich biedermeierlichen Vater mit buschigen Augenbrauen, Riesenschmuckbart und schwarzer Weste. Zusammen meistern sie das Leben und bewältigen Alltägliches. Geschaffen hat dieses anrührende und höchst moderne Duo der vogtländische Zeichner Erich Ohser. Der hier zu besprechende Band stellt Leben und Werk Ohfers vor.

Die rund 300 Bildergeschichten von „Vater und Sohn“ schuf Ohser ab 1934 für die „Berliner Illustrierte“, die seinerzeit angeblich eine Alternative zu den amerikanischen „Micky Maus“-Comics suchte. Veröffentlicht wurden die Geschichten allerdings unter dem Pseudonym „e. o. plauen“ (Erich Ohser aus Plauen). Der seit 1909 in Plauen Ansässige hatte in Leipzig an der „Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe“ studiert und dann in den 1920er Jahren als Buchillustrator, Karikaturist und Schnellzeichner gearbeitet. U. a. illustrierte er die deutschen Ausgaben der Bücher des englischen Literaturnobelpreisträgers Rudyard Kipling. In dieser Zeit lernte er seine späteren Freunde und Kollegen Erich Knauf und Erich Kästner kennen, dessen (von den Nationalsozialisten verbrannte) Gedichtbände er ebenfalls illustrierte. Zusammen mit Kästner arbeitete Ohser auch für das Feuilleton der Neuen Leipziger Zeitung, doch verloren beide diese Anstellung, als Kästners von Ohser illustriertes erotisches Gedicht „Nachtgesang des Kammervirtuosen“ Frivolität vorgeworfen wurde. 1927/28 ziehen die drei Freunde mehr oder weniger freiwillig von Sachsen nach Berlin, wo Ohser die pulsierende Stadt porträtiert und auch politische Karikaturen fertigt. Der Terror der SA, Hitlerkonterfeis und die labilen Machtverhältnisse sind häufige Motive in dieser Zeit. Nach der NS-Machtergreifung verbrennt Ohser zusammen mit seinem Freund Erich Knauf überstürzt alle Originalzeichnungen, die in den verschiedenen Zeitungen und Magazinen, vor allem aber seit 1929 im sozialdemokratischen „Vorwärts“ erschienen sind – obwohl viele seiner in großen Auflagen verbreiteten Karikaturen doch landesweit bekannt waren. Erich Knauf hilft die Aktion nicht, er wird für einige Monate im KZ Lichtenburg inhaftiert. Ohser bleibt zumindest dieses Los erspart, ein Antrag zur Aufnahme in die Reichspressekammer wird allerdings abgelehnt, was einem Berufsverbot gleichkommt.

Im Anschluss musste seine Frau Marigard die Familie mit ihren graphischen Arbeiten ernähren, bis die zum Ullstein-Verlag gehörende



Berliner Illustrierte Ohser eine neue Chance bot. Von 1934 bis Dezember 1937 begeistert er mit der wöchentlich erscheinenden Zeichnerie „Vater und Sohn“ ein Millionenpublikum. Seit 1940 dann fertigte Ohser für die Wochenzeitung „Das Reich“ weniger schmeichelhafte Karikaturen, gelangte dafür aber zu einem ansehnlichen Einkommen und – wichtiger noch – zu der im Krieg begehrten „Uk-Stellung“ (als „unabkömmlich“ vom Wehrdienst freigestellt). Trotzdem soll Ohser den Nationalsozialismus durchgängig und entschieden abgelehnt haben. Er rechtfertigte dem befreundeten Hans Fallada gegenüber seine Tätigkeit im NS-Propagandaapparat, er sei deutscher Patriot und als solcher zeichne er gegen die Alliierten und nicht für die Nazis. Diesem dialektischen Kunststück folgten wohl zahlreiche seiner Künstlerkollegen, doch ist Ohfers ehrliche innere Ablehnung des Nationalsozialismus tragisch verbürgt. Nachdem er Ende 1943 in Berlin ausgebombt worden war, lebte er zusammen mit seinem Freund Knauf, der nun NS-Propagandafilme herstellte, am Stadtrand von Berlin. Ein Nachbar denunzierte die beiden im Februar 1944, da sie politische Witze erzählte sowie auf das NS-Regime und den Krieg geschimpft hätten. Ende März 1944 wurden Ohser und Knauf als „Wehrkraftzersetzer“ von der Gestapo verhaftet. In der Nacht zum 6. April, unmittelbar vor der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof unter Roland Freisler, nahm sich Ohser in der Untersuchungshaftanstalt in Berlin Alt-Moabit das Leben. Er schrieb noch einen Abschiedsbrief an seine Familie und einen zweiten Brief, in dem er mit den Nazi-Richtern abrechnete. Zudem versuchte er, seinen Freund Knauf zu entlasten. Doch vergebens: Erich Knauf wurde zum Tode verurteilt und am 2. Mai 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet, seine Frau Erna mußte die Hinrichtung noch bezahlen (Erich Kästner schrieb darüber nach dem Krieg den Prosatext „Eine unbezahlte Rechnung“).

Von den „drei Erichs“ überlebte mithin nur Kästner Krieg und Gewaltherrschaft und ist durch sein Werk heute weltbekannt. Der Journalist und Schriftsteller Erich Knauf (bekanntester Text ist das Lied „Heimat deine Sterne“

aus dem Film „Quax der Bruchpilot“) hingegen ist weitgehend vergessen, die Nationalsozialisten haben ihm sogar eine Grabstätte verweigert. An dem Berliner Haus, in dem er zuletzt zusammen mit Erich Ohser wohnte, erinnert heute eine Gedenktafel an die beiden Freunde. Ohser ist seit 1968 in Plauen begraben, außerdem erinnern ein Stolperstein am Berliner Haus der Buchdrucker an ihn sowie inzwischen zahlreiche Aktivitäten in Plauen, der Stadt, nach der Ohser sich benannt hat. Auslöser dafür war die Übernahme des Ohser-Nachlasses durch die Stadt Plauen im Jahr 2004. Die eigens gegründete Erich Ohser-e. o. plauen Stiftung verwahrt seitdem das Werk Erich Ohfers – darunter sind Vater und Sohn-Bildgeschichten, politische Zeichnungen einschließlich eines umfangreichen Bestandes an Karikaturen für die Wochenzeitung „Das Reich“, Porträts, Akte, Illustrationen, freie Zeichnungen und Skizzen. Darüber hinaus verfügt die Stiftung über die erhaltenen Briefe aus dem Besitz Ohfers, persönliche Dokumente, Fotografien sowie Archivmaterial mit Zeitungen und Zeitungsausschnitten. Präsentiert und benutzbar ist der Nachlass in der Galerie e. o. plauen in Plauen, wo das Erich-Ohser-Archiv, die e. o. plauen-Gesellschaft und die Erich Ohser-e. o. plauen Stiftung ihren Sitz haben.

Die Kunsthistorikerin Elke Schulze, die auch Vorstand der Stiftung ist, hat aus diesem Fundus (sowie aus anderen Archiven und der Literatur) geschöpft und zahlreiche schauwerte und hochinteressante Dokumente ausgewählt. Wider Erwarten finden sich kaum Vater-und-Sohn-Geschichten, sondern vielmehr Privatfotos, Briefe, Skizzen und Karikaturen sowie Notizen Erichs Ohfers in dem von ihr gestalteten Band und sind allesamt in ausgezeichneter Qualität abgebildet. Entlang dieser Dokumente erzählt Schulze das Leben ihres Protagonisten. Allerdings unternimmt sie nicht den Versuch, eine kritische Biographie zu schreiben. Vielmehr ist es „ihre ausdrückliche Absicht in Abstimmung mit dem Verlag gewesen, im Rahmen dieser Publikation keine Forschungsdiskussion zu führen“ (S. 144). Dabei wäre es – gerade angesichts des präsentierten Materials – reizvoll, keine „Schicksalsgeschichte“, sondern eine Biographie zu lesen, die Ohfers Werk einordnet, sein Handeln problematisiert und seine Gedanken diskutiert. So bleibt der ungemein materialreiche Band leider etwas hinter seinen Möglichkeiten zurück, ist aber trotzdem ein wunderbares Lesebuch für alle, die mehr über den Schöpfer von „Vater und Sohn“ entdecken wollen. Er ist ein Blick in ein weiteres entdeckenswertes Archiv in Sachsen.

**Clemens Heitmann
(Dresden)**

Sächsisches Archivblatt

Mitteilungen des Sächsischen Staatsarchivs

Heft 1/2015

Titelbild:

Entwurf für ein Messeplakat, 1926 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20202 Leipziger Messeamt (I), Nr. D 201)

Adressen

Sächsisches Staatsarchiv

Behördenleitung sowie Zentrale Aufgaben/Grundsatz

Besucheranschrift: Archivstraße 14, 01097 Dresden

Postanschrift: PF 100 444, 01074 Dresden

Telefon +49 351/8 92 19-710, Telefax +49 351/8 92 19-709, E-Mail poststelle@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Archivzentrum Hubertusburg

Hubertusburg Gebäude 71-79

04779 Wermisdorf

Telefon +49 34364/8 81-100, Telefax +49 34364/8 81-112, E-Mail poststelle-w@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Hauptstaatsarchiv Dresden

Besucheranschrift: Archivstraße 14, 01097 Dresden

Postanschrift: PF 100 444, 01074 Dresden

Telefon +49 351/8 92 19-710, Telefax +49 351/8 92 19-709, E-Mail poststelle-d@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Staatsarchiv Leipzig

Schongauerstraße 1, 04328 Leipzig

Telefon +49 341/2 55 55-00, Telefax +49 341/2 55 55-55, E-Mail poststelle-l@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Staatsarchiv Chemnitz

Elsasser Straße 8, 09120 Chemnitz

Telefon +49 371/9 11 99-210, Telefax +49 371/9 11 99-209, E-Mail poststelle-c@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Bergarchiv Freiberg

Schloßplatz 4, 09599 Freiberg

Telefon +49 3731/39 46-10, Telefax +49 3731/39 46-27, E-Mail poststelle-f@sta.smi.sachsen.de

Archivverbund Bautzen

Staatsfilialarchiv Bautzen

Schloßstraße 10, 02625 Bautzen

Telefon +49 3591/53 48 72, Telefax +49 3591/53 48 17, E-Mail archivverbund@bautzen.de

Im Internet finden Sie uns unter:

www.archiv.sachsen.de

Informationen über die Bestände des Sächsischen Staatsarchivs (SAX.Archiv) unter:

www.archiv.sachsen.de/8617.htm



Impressum

Herausgeber:

Sächsisches Staatsarchiv, Archivstraße 14, 01097 Dresden
Telefon: +49 351/89 219-842
Telefax: +49 351/89 219-709
E-Mail: poststelle@sta.smi.sachsen.de

Redaktionsbeirat:

Dr. Peter Hoheisel (Bergarchiv Freiberg)
Raymond Plache (Staatsarchiv Chemnitz)
Birgit Richter (Staatsarchiv Leipzig)
Dr. Peter Wiegand (Hauptstaatsarchiv Dresden)

Redaktion:

Michael Merchel, (Zentrale Aufgaben, Grundsatz)
E-Mail: michael.merchel@sta.smi.sachsen.de

Satz und Druck:

Druckerei Friedrich Pöge e.K., Leipzig

Redaktionsschluss:

25. März 2015

Bezug:

Diese Publikation erscheint halbjährlich und kann beim Sächsischen Staatsarchiv als Druckexemplar oder in elektronischer Form kostenfrei bezogen werden. Sie steht darüber hinaus zur Ansicht und zum Download unter <https://publikationen.sachsen.de/bdb/> zur Verfügung.

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.